

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,80 M. im Voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Wochenblätter für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Welt“, „Hoff und Zeit“ usw. ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Kopierberechtigung ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. - Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65, Et. 8 u. Disc.-Gel. ...

Finnische Ausnahmegeetze.

Kommunistische Herausforderung zieht den Faschismus groß.

Helsingfors, 1. Juli. (Eigenbericht.)

In der außerordentlichen Session des Reichstags protestierte die Sozialdemokratie gegen die geplanten Ausnahmegeetze. ...

Zugleich mit dieser Drahtmeldung erhalten wir folgenden Bericht aus Helsingfors:

Seitdem Finnland durch die Märzrevolution 1917 die staatliche Unabhängigkeit erlangte, der danach entstandene Bürgerkrieg ein Ende genommen und auch der darauf folgende weiße Terror durchlistet worden war, ist dem Lande ein Duzend Jahre verhältnismäßig ruhiger demokratischer Entwicklung beschieden gewesen. ...

Schon seit Jahren hatte der Kommunismus die früher so starke finnische Arbeiterbewegung so geschwächt, daß sie z. B. keinen kräftigen Widerstand leisten konnte, als sozialistische Arbeiter hochtätig oder durch Tantiemen und dergl. zum Verlassen ihrer Gewerkschaften verlockt wurden. ...

das provokatorische Benehmen der Kommunisten, als diese mitten unter der Bauernbevölkerung von Desterbotten demonstrativ in roten Hemden russischen Schnitz auftraten.

Der Rißhandlung der Demonstranten folgte die nächste Zerstörung einer kommunistischen Druckerei in Wasa.

Sogleich verstanden die reaktionären Führer, daß aus dieser spontanen Bauernbewegung etwas zu machen war. Sie stellten sich an die Spitze und ließen überall von Massenversammlungen Resolutionen „gegen den Kommunismus“ annehmen, tatsächlich auch gegen die demokratische Ordnung, die als unfähig bezeichnet wurde, den Kommunismus zu bekämpfen. ...

mit dem Kommunismus, sondern auch mit der faulen Demokratie aufräumen, man donnerte gegen die „Berufspolitiker“ usw.

Die Bauernpartei und ihre Regierung merkten die Absicht. Es gelang nicht, allen gekundten Bauernverband in dem „antikomunistischen“ Strudel zu ertränken. ...

Die Regierung arbeitete Gesetze aus, deren unmittelbarer Zweck ist, alle kommunistische Tätigkeit unmöglich zu machen und die Kommunisten aus dem Reichstag zu vertreiben. ...

Um auf den Reichstag einen Druck auszuüben, wurde der Marsch nach Helsingfors vorbereitet: es sollen etwa 10 000 Bauern nach der Hauptstadt entsendet werden. ...

Die Sozialdemokratie hat gegen diese Erscheinungen laut ihre Stimme erhoben. Zahlreiche Arbeiterversammlungen haben die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und ihre Verteidigung gegen faschistische Ausschweifungen gefordert.

Auf seine eigene Stärke angewiesen, wäre der Faschismus von geringerer Bedeutung; aber seiner strammen Organisation und seinen lägenhaften Verführungsparolen gegenüber mangelt es in den demokratischen Schichten an Organisation, an Entschlossenheit und an Klarheit.

Finnländischer Ingenieur im Sowjetgefängnis gestorben.

Helsingfors, 30. Juni. (Ost-Expres.)

Ueber Leningrad traf die Nachricht ein, daß in Sverdlowst im Ural (früher Jekaterinburg) der finnländische Ingenieur Edwin Svedberg im Gefängnis gestorben ist. ...

Die Befreiungsfeiern.

Im Rheinland und im Reich.

Trier, 1. Juli.

Auf der mitternächtlichen Befreiungsfeier der Stadt Trier, die in Anwesenheit von etwa 30 000 bis 35 000 Menschen auf dem Palastplatz stattfand, sprach nach einem gemeinsamen Gesang und einem Männerchor-Vortrag der Oberbürgermeister der Stadt Trier, Reichswehrminister von Guérard und der preussische Handelsminister Dr. Schreiber. ...

Bayern feiert ohne Schwarzrotgold.

München, 1. Juli.

Die Befreiungsfeier in München begann gestern Abend mit einem Zapfenstreich der Garnison. Die Stadt hatte reich festgelegt, doch hielten es nicht einmal bei dieser nationalen Reichsfeier die staatlichen und kommunalen Behörden für notwendig, die Reichsflagge zu hissen.

Der Stadtrat von München hatte sich am Vormittag zu einer Festigung im Rathaus versammelt. In der Bürgermeister Dr. Künzler ein Bild von dem Ringen um den Rhein und von den Lasten und Leiden der Befreiungszeit in der Pfalz entwarf. Die

Nationalsozialisten und die Kommunisten nahmen an der Kundgebung nicht teil. Am Schluß der Stadtratssitzung ließen die Nationalsozialisten eine Erklärung abgeben, die ihr Fernbleiben von der Festigung mit dem Uniformverbot der bayerischen Staatsregierung und mit der Unterzeichnung des Young-Planes begründeten. ...

Brudergrüße aus Oesterreich. Glückwunschtelegramm des Bundespräsidenten.

Wien, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der österreichische Bundespräsident, Miklas, hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet: „Anlässlich der vollendeten Rheinlanddrängung drängt es mich Eurer Exzellenz zu versichern, daß dieses für die Geschichte des gesamten deutschen Volkes denkwürdige Ereignis auch beim deutschen Volk in Oesterreich brüderliche Gefühle und aufrichtige Freude auslöst.“

(Siehe auch 2. Seite.)

Ungerechte Lastenverteilung.

Die Mängel der neuen Deckungsvorlagen.

Unter dem Druck der scharfen Kritik, die die ursprünglichen Finanzvorlagen der Reichsregierung gefunden haben, hat sich das Kabinett zu einer Reihe von Abänderungen verstanden. Dem Verlangen nach größerer Sparlichkeit hat die Regierung insofern nachgegeben, als jetzt statt der ursprünglich vorgesehenen 25 Millionen 100 Millionen an den Ausgaben des Reichs für das Jahr 1930 gestrichen werden. ...

§ 1a der von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzung zum Reichshaushalt bestimmt daher:

„Bei den Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind Beträge in der Gesamthöhe von 100 Millionen Reichsmark abzuführen, deren Höhe im einzelnen von der Reichsregierung festgesetzt wird.“

Zu dieser Ausschaltung des Reichstags liegt aber keinerlei sachliche Veranlassung vor. Für größere Ersparnisse ist eine Mehrheit im Reichstag leicht zu erzielen. Wenn dennoch die Reichsregierung diese Mitwirkung des Reichstags nicht wünscht, so bleibt nur die Annahme übrig, daß sie die Ersparnisse am Behretat zu vermeiden wünscht, obwohl sie hier am leichtesten durchzuführen sind.

Die wichtigsten Änderungen sind:

1. Alle Vorlagen gelten nur bis zum 31. März 1931 und treten dann außer Kraft.

2. Die Reichshilfe erfasst jetzt nur noch die Beamten und Angestellten von Reich, Ländern und Gemeinden und der übrigen ganz oder überwiegend öffentlichen Unternehmungen. Der Steuerfuß ist von 4 Proz. auf 2½ Proz. des Gehalts ermäßigt. Die Freigrenze ist von 1200 M. auf 2000 M. erhöht. Der Familienstand wird durch Freilassung der Kinderzulagen in Höhe von 240 M. berücksichtigt.

3. Die Bedigensteuer ist verschärft worden. Sie besteht aus zwei nebeneinanderlaufenden Maßnahmen. Einmal soll der 25prozentige Abschlag weggelassen und außerdem soll von einer bestimmten Einkommenshöhe ab ein 10prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden.

4. Neu ist, daß alle Einkommen über 8000 M. jährlich einen Zuschlag von 5 Proz. zur Einkommensteuer zu entrichten haben.

Die Befristung aller Deckungsvorlagen soll den vorübergehenden Charakter der Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn man auch daran zweifeln kann, ob die Sanierung der Reichsfinanzen in einer so kurzen Frist durchgeführt werden kann, so wird man dennoch gegen diese Befristung nichts einwenden können. Andererseits ist wichtig, daß die höheren Sätze für die Lohnsteuer nur für acht Monate gelten, weil sie erst am 1. August erhoben werden können. Das trifft auch für die Reichshilfe zu. Dagegen werden die Zuschläge zur veranlagten Einkommensteuer für ein ganzes Jahr erhoben.

Im Hauptstreitpunkt, der Reichshilfe, hat die Reichsregierung nachgegeben und die höheren Angestellten der Privatwirtschaft von der Belastung freigelassen. Daß sie diese Gelegenheit benutzte, um auch die Aufsichtsratsbezüge, die ursprünglich mit herangezogen werden sollten, zu befreien, entspricht nur den Tendenzen innerhalb der jetzigen Regierung. Der Steuerfuß ist zwar herabgesetzt. Wenn auch die Freigrenze erhöht werden soll, so ist doch die wichtige Forderung nach Staffelung des Steuerfußes entsprechend der Höhe des Einkommens nach wie vor unerfüllt. Vergleicht man die in Aussicht genommene Belastung der Reichshilfe mit der bisherigen Belastung durch die Lohn- bzw. Einkommensteuer, so wird das Unrecht, das darin gegenüber den unteren Beamtengruppen liegt, erst deutlich. Die unteren Beamten lassen etwa das Doppelte ihrer bisherigen Steuerbelastung tragen, während die der oberen Beamten bis auf ein Viertel der bisherigen Belastung sinkt.

Dieses Unrecht wird um so stärker empfunden werden, wenn es bei den hohen Einkommen über 8000 M. jährlich bei dem vorgesehenen Zuschlag von 5 Proz. der Einkommensteuer bleibt. Voraussetzung für eine Sonderbelastung der Beamten muß sein, daß zuvor alle anderen Steuerquellen restlos ausgeschöpft werden, soweit das ohne Gefährdung der Wirtschaftslage geschehen kann. Ein fünfprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer dürfte bei Einkommen von 10 000 M. etwa 50 M. betragen. Dieselbe Summe aber zahlt ein Be-

Der Tag der Befreiung.

Der Wiederhall im Ausland.

amter schon für je 2000 Ml. seines Einkommens. Die Belastung des Beamten ist also um ein Vielfaches höher als bei den hohen Einkommen, von denen doch in der Regel auch gesagt werden kann, daß sie sichere Einkommen sind, und die außerdem ihrem Besitzer eine Lebenshaltung gewährleisten, bei der Einschränkungen viel leichter möglich sind, als bei den festen Gehältern der großen Masse der Beamten.

Eine besonders komplizierte, unsoziale und grundfänglich falsche Regelung aber ist für die Ledigensteuer beabsichtigt. Daß jemand ledig ist, ist in der Regel kein Maßstab für eine besondere Leistungsfähigkeit. Vielfach ist Lohn oder Gehalt bei den Verheirateten höher als bei den Ledigen und zwar nur deswegen, weil sie verheiratet sind. Umgekehrt sind die Löhne für die Frauen so niedrig, weil sie ursprünglich nur für ledige weibliche Arbeitskräfte bestimmt waren. Dagegen sind die Ausgaben eines Ledigen oftmals höher als die eines Verheirateten. Der Hinweis der Regierung, daß ein Ausgleich der Belastung durch Zölle und Verbrauchssteuern notwendig sei, spricht nicht für, sondern gegen die Ledigensteuer. Der Verheiratete kann sich oftmals einer solchen Belastung eher entziehen als der Ledige, der auf Gaststätten angewiesen ist. Vor allem aber ist diese Steuer eine Ausnahmesteuer gegen die weiblichen Arbeitskräfte, die jetzt bereits geringeren Lohn haben, höhere Steuerlasten tragen und nun noch einmal empfindlich getroffen werden. Am unsozialsten ist die Ledigensteuer für jene Kategorie von Ledigen, die Familienangehörige zu unterhalten haben, aber auch solche, die völlig allein dastehen und jedem Schicksalsschlag aus eigener Kraft begegnen müssen.

Die Verschärfung der Ledigensteuer ist ein besonders trübes Kapitel. War auch der 20prozentige Abschlag, der auf Grund der Verzinsung durchgezogen ist, für die unteren Lohn- und Gehaltsempfänger keine sehr erhebliche Minderung ihrer Steuerbelastung, so wird seine Beseitigung doch besonders schmerzhaft empfunden werden in einer Zeit, in der der Lohn vermindert wird, in der die Sozialleistungen eingeschränkt und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden. Der ledige Arbeiter wird gleichzeitig von mehreren Seiten belastet, so daß alle Belastungen zusammen sehr viel stärker werden als die kleine Belastung, die den oberen Einkommen zugemutet wird.

In dieser unsozialen Verteilung der neuen Lasten liegt der Hauptmangel der Regierungsvorlagen.

Die Beratung der Vorlagen.

Die Reichstagsausschüsse haben am Dienstag die erste Beratung der neuen Deckungsvorlagen abgeschlossen. Zum Zweck einer noch möglichen genaueren Überprüfung der gesamten Materie soll noch eine zweite Ausschusssitzung stattfinden. Die Verhandlung der Vorlagen im Plenum des Reichsrats wird spätestens in der für Donnerstag nachmittag einberufenen Sitzung erfolgen. Am Freitag werden die Vorlagen dann dem Reichstag überreicht. Wegen der Fristen wird die erste Beratung im Reichstagsplenum in dieser Woche nicht mehr stattfinden können, sondern wahrscheinlich erst am Montag nächster Woche.

Beamte und Reichshilfe.

Ablehnende Stellungnahme der Beamtenorganisationen.

Die letzte Aussprache des Reichskanzlers mit den Beamtenorganisationen über die Rotapferfrage hat die Beamtenheit zu keiner Änderung ihrer Haltung bewegen können. Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß die neue Rotapfervorlage wohl einige insofern wichtige Abänderungen und Erleichterungen enthält, in ihrem Grundcharakter jedoch keine Änderung erfahren hat. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat sofort nach der Besprechung mit der Regierung in einem Schreiben an den Reichskanzler nochmals gegen die Rotapferpläne Protest erhoben.

Wie am Sonnabend der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, so hat am Dienstag der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes der Reichsregierung seine ablehnende Stellungnahme zu der neuen Rotapfervorlage mitgeteilt.

Amtliches Ergebnis der Sachsenwahl.

Keine Änderung der Mandatsverteilung.

Dresden, 1. Juli.

Am Dienstag vormittag ist das amtliche Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen bekanntgegeben worden. Änderungen in der Mandatsverteilung sind gegenüber dem bisherigen Ergebnis nicht zu verzeichnen.

Einberufung des Sächsischen Landtags.

Dresden, 1. Juli.

Nach einem Beschluß des Gesamtministeriums wird der Sächsische Landtag für Donnerstag, den 10. Juli d. J., nachmittags 1 Uhr, nach Dresden einberufen.

Frick's Polizeigesetz.

Sozialdemokratische Gegenerklärung im Landtag.

Weimar, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der Thüringer Landtag beriet am Dienstag das Gesetz über die Verstaatlichung der Polizei. Die Sozialdemokratische Partei und die SPD. erklärten, daß sie die Vorlage ablehnen würden.

In der sozialdemokratischen Erklärung heißt es, die Partei sei grundsätzlich mit der Verstaatlichung der Polizei einverstanden. Sie opponiere aber dagegen, daß sich die Vorlage auf das Ermächtigungsgesetz stützt, das von der Linken als verfassungswidrig angesehen werde. Auch habe sie politische Bedenken, die in der Person des Polizeiministers Frick begründet seien, der einen diktatorischen und rechtswidrigen Gebrauch von seiner Polizeigewalt gemacht habe.

Die Vorlage wurde nach längerer Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Speyer, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die Befreiungsfestgebung der Bayerischen Staatsregierung wurde heute vormittag durch Gottesdienste aller drei Konfessionen eingeleitet, an denen prominente Vertreter der Reichs- und Staatsregierung und der sonstigen Behörden teilnahmen. In allen pfälzlichen Schulen finden aus Anlaß des denkwürdigen Tages besondere Feiern statt.

Nach der Rede des Justizministers Dr. Görtner hielt als Vertreter der Reichsregierung der Reichsminister für die besetzten Gebiete Trennhanus eine Ansprache. Der Präsident des pfälzischen Kreistages Strobel, der als letzter Redner sprach, schloß seine Rede mit den Worten: „Wir sind jetzt ein Teil des großen Lebenswertes von Dr. Stresemann ist damit erfüllt.“ — Mit dem Deutschlandlied, in das sich die Klänge der mächtigen Domorgeln mischten, endete die Kundgebung.

An den in der Pfalz veranstalteten amtlichen Befreiungsfestern nahmen die Sozialdemokratie und die Freien Eisenbahner nicht teil.

Sozialdemokratie und Freie Eisenbahner begründeten ihren Entschluß damit, daß der derzeitige bayerische Ministerpräsident Dr. Held der ungeeignetste Mann sei, die erfreuliche Aufgabe der Räumung zu feiern, weil er in völliger Verkennung der Interessen der Pfalz bis zuletzt durch politische Zweideutigkeiten bedenklicher Art den Erfolg der vorzeitigen Räumung gefährdet habe. Die sozialdemokratische Bevölkerung der Pfalz war zu ihrer ablehnenden Haltung schließlich auch dadurch veranlaßt worden, daß sich im Gefolge der Regierungsmitglieder der Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes befand, jener Herr von Rahr, unter dessen Führung in Deutschlands schwerster Notzeit die bayerische Regierung ihren Treubruch am Reich vollzog und offene Rebellion gegen die Reichsverfassung und die Reichsregierung leisteten. Man braucht nur an jene hochverräterischen Verbrechen des amtlichen Bayern zu erinnern, die den Franzosen den Mut gaben, mit dem Separatismus noch einmal einen letzten Versuch der Losreißung der Rheinlande und besonders der Pfalz vom deutschen Vaterlande zu machen, um die Berechtigung des Beschlusses der sozialdemokratischen Parteinstanzen der Pfalz zu verstehen.

Dem Gedächtnis der Vorkämpfer.

Wiesbaden, 30. Juni.

Aus Anlaß der Befreiungsfest hat die Stadt Wiesbaden an den Grübern des Reichspräsidenten Ebert in Heidelberg und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann in Berlin Kränze niederlegen lassen.

Wiederhall in Paris.

Paris, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der ehemalige Chef der interalliierten Rheinlandkommission, Lirard, wurde am Dienstag nach seiner Rückkehr nach Paris zum Stabschef der Ehrenlegion ernannt. Der Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guillaumat, wurde durch Glückwunschtelegramme des Außenministers Briand, des Kriegsministers und Lirard's geehrt.

Die Entgegnungen, die sich einzelne rechtsstehende deutsche Blätter bei der Kommentierung der Räumung zueinander können sehen, geben verschiedenen französischen Zeitungen willkommenen Anlaß zu einer abmehrenden Kritik. Der „Intransigent“ findet, daß Deutschland sich wenig dankbar für die vorzeitige Räumung erwiesen habe und befürchtet, daß durch sie der Postill der „immensanten Reaktion“, wie ein deutsches Blatt die Postill Straßmanns bezeichnet habe, das Tor weit geöffnet worden sei. „Ein Volk gibt dem anderen aus purer Liebessüchtigkeit, als ein anderes aber öffnet den Mund nur um zu rufen „Gut, und jetzt die Saar, und jetzt Polen und nachher dies und nachher jenes.“ So sehen nach der lapidaren Darstellung des „Intransigent“ die deutsch-französischen Beziehungen heute aus!

Der „Temps“ ist in seinen Kommentaren nicht freundlicher. Er bemängelt in erster Linie, daß die vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung gezeichnete Proklamation kein Wort über die Politik der deutsch-französischen Annäherung enthalte, die die logische Folge der Räumung darstellen müßte, und daß sie Straßmanns nicht gedenke. Offenbar hätten sich die Reaktionskräfte und Treutranus bei einem solchen Hinweis allzu unbehaglich gefühlt, stellt das Blatt fest und findet es erstaunlich, daß es die deutsche Regierung durch den Druck der Reaktion dazu habe kommen lassen, auf die Ehrung seiner großen Kämpfer, denen sie so vieles danke, zu verzichten. Außerdem findet es der „Temps“ „wenig politisch“, daß die Proklamation Hindenburgs und der

Reichsregierung bereits am Tage der vollzogenen Räumung offenbart das Saarproblem auf die Tagesordnung setze.

Eine weit freundlichere Beurteilung erfahren die Raden Brauns und Birchs. Dem preussischen Ministerpräsidenten wird es hoch angerechnet, daß er sich „distret bemüht habe, die Entgegnungen der Reichsregierung gutzumachen“.

„Times“ für Rückgabe der Saar.

London, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Ein der Rheinlandräumung gewidmeter Artikel in der Dienstausgabe der „Times“ beschäftigt sich zum Schluß mit der Saarfrage. Die führende englische Zeitung sagt, der Friedensvertrag habe Frankreich als Ersatz für seine im Weltkrieg zerstörten Kohlengruben die wirtschaftliche Ausnutzung der Saarbergwerke zugesprochen. Heute fördere Frankreich auf eigenem Boden jährlich mehr Kohle als vor dem Kriege und der Zweck der durch den Friedensvertrag getroffenen Maßnahme sei deshalb erfüllt. Es gebe jedoch nach andere Gründe, die für die Verfürgung der vorgeesehenen Befehung des Saargebietes sprächen. Das sei vor allem der unzweifelhafte Willen der Bevölkerung, mit Deutschland wieder vereint zu werden. Das Ergebnis der Volksabstimmung liege heute schon fest. Frankreich selbst sei sich schon längst darüber klar und habe die anfänglichen Gegenversuche ausgegeben. Im Interesse des deutsch-französischen Ausgleichs und im Interesse Frankreichs liege es deshalb, das Saargebiet jetzt schon zurückzugeben, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und nicht erst die vorgezeichnete Frist von 15 Jahren ablaufen zu lassen.

Frick und die Rheinlandfeier.

Er glänzt durch Abwesenheit.

Weimar, 1. Juli.

Bevor der Thüringer Landtag am Dienstag seine Beratungen fortsetze, hielt der sozialdemokratische Vizepräsident anlaßlich der Rheinlandräumung eine kurze Gedächtnisrede. Die Kommunisten und Nationalsozialisten erschienen erst im Sitzungssaal, als der Landtag in die Tagesordnung eingetreten war. Auch Minister Dr. Frick erschien erst, als Vizepräsident Leber seine Gedächtnisrede beendet hatte.

Döbelezeffe in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 1. Juli.

Im Anschluß an die Befreiungsfest versammelten sich eine Anzahl junger Leute vor den Häusern der aus der Separatistenzeit her bekannten Kaufleute Rimke, Knobloch und Wollsch. Sie schlugen die Schaufenster ein und verwüsten die Läden.

Bei Knobloch wurde ein Kaviar aus dem zweiten Stock auf die Straße geworfen und die Wohnungseinrichtung zertrümmert. Die Polizei griff mit einer Rotarspitze ein.

Dieser Ausschußzug wirkte einen Schatten auf die sonst überall würdig und ruhig verlaufenen Befreiungsfest. Die organisierte Arbeiterschaft, die gegen die Separatisten ihren Mann gestanden hat, als es gefährlich war, hat mit diesen Exzessen von alkoholisierten Rowdys nichts zu tun, die um so bößlicher sind, als sie unmittelbar nach dem Abzug der Franzosen den Stempel der Freigebit tragen.

Die Separatistenführer, die besonders im Jahre 1923 allseits nicht scheutes Gestalt um sich geschart hatten, haben sich gewiß viele Gewaltthaten zuschulden kommen lassen. Die jungen Burken aber, die jetzt „Koch“ nahmen, haben vor sieben Jahren nach auf der Schulbank gefessen und sind daher zu Strafexpeditionen am allerwenigsten legitimiert. Im übrigen sind die einstigen Separatisten durch den würdigen Jubel ihrer befreiten Landsleute schon moralisch bestraft genug. In besonders schlimmen Fällen wäre ein längerer Boykott zur Not zu erwägen, freilich nur von denen, die wirklich eine reine Weste haben und in ihrer Treue zum Reich niemals gewankt haben.

Den örtlichen und staatlichen Behörden obliegt die unbedingte Pflicht, im Interesse des Ansehens Deutschlands in der Welt die Wiederholung solcher Vorgänge überflüssig und rücksichtslos zu verhindern.

Die in Aussicht genommenen Parallelsammlungen und Umzüge sind ebenfalls verboten worden.

Lehren der Sachsenwahl.

Löbe über den Kampf gegen die Nationalsozialisten.

In einem Aufsatz, der von einer parteigenösslichen Korrespondenz verbreitet wird, fordert Benosse Löbe praktische Maßnahmen zum Kampf gegen die Nationalsozialisten:

„Wir müssen mehr als bisher in der Richtung vorstoßen, in der die Nationalsozialisten bisher nur Versprechungen gegeben haben. Wir müssen das Pensionsstärkungsgesetz einbringen, wir müssen Anträge auf Senkung der Spitzengebälter stellen, wir müssen mit den Diäten mit gutem Beispiel vorangehen. Wir müssen Anträge auf scharfe Kontrolle der Kartelle und Eingriffe des Staates in deren Preisbildung einbringen und die anderen zwingen, Farbe zu bekennen.“

Das wird auch nach anderen Gruppen, zum Beispiel der Wirtschaftspartei und den Bauernvertretern, dienlich sein, die mit ähnlicher Kritik durchs Land reisen. Dabei winken uns sehr sogar praktische Erfolge. Haben die Nationalsozialisten ihr Wort, dann können wir ganz trasse Ungerechtigkeiten beseitigen; dem Spötkreis im nächsten Reichstag werden sie mit uns und den Kommunisten zusammen eine Mehrheit bilden.

Halten sie ihr Wort nicht — und ich fürchte es, dann wird der Nationalsozialismus für viele, für alle proletarischen und halbproletarischen Wähler, nur ein Durchgangsstadium zum wirklichen Sozialismus, zur Sozialdemokratie sein. Aber nur, wenn wir wirklich mit Kraft und Rückfichtlosigkeit in der oben bezeichneten Richtung vorstoßen.“

Vor 1918 gedruckte ungarische Bücher sind in der Tschechoslowakei verboten und sind an der Grenze zu Tausenden beschlagnahmt worden.

Mißtrauensanträge im Reichstag.

Eine sozialdemokratische Demonstration gegen Stegerwald.

Der Reichstag lehnte heute einen Mißtrauensantrag gegen Reichsaußenminister Curtius mit 283 gegen 121 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab, ebenso einen Mißtrauensantrag gegen Reichsarbeitsminister Stegerwald mit 209 gegen 61 Stimmen bei 133 Enthaltungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion enthielt sich bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen Stegerwald der Stimme. Die Enthaltung der Sozialdemokratie war eine um so stärkere Demonstration gegen den Reichsarbeitsminister, als die Fraktion in derselben Sitzung bei einem Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Curtius mit Nein gestimmt hatte. Mit diesem Nein hat sie den nationalsozialistisch-kommunistischen Angriff auf die bisherige Außenpolitik, die sie mißbilligt hat, zurückgewiesen. Zur gleichen Zurückweisung lag für sie im Fall Stegerwald kein Anlaß vor. Wenn sie sich enthielt und nicht mit Ja stimmte, so nur deshalb, weil sie sich Zeit und Taktik ihres Angriffs von den Kommunisten nicht vorschreiben läßt.

Naziversammlung verboten.

Frick und andere Putschisten sollten reden.

Kassel, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Eine von den Nationalsozialisten für Dienstagabend einberufene Versammlung, in der Frick und andere Putschisten reden sollten, ist von dem Kasseler Polizeipräsidenten verboten worden.

Sozialpolitische Debatte.

Reform der Arbeitslosenversicherung vor dem Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat am Dienstag mit der Beratung der Regierungsvorlage zur Änderung der Arbeitslosenversicherung begonnen. Abg. Kuffhäuser (Soz.) wandte sich gegen die Verringerung des § 38, wodurch den Arbeitsamtsvorständen die Befugnis zur Einstellung gehobener Personalkräfte genommen und für Verlegung von Fachkräften jedes Vorschlagsrecht der Verwaltungsausschüsse aufgehoben werden soll. Der Zweck der Verringerung ist Stärkung der Befugnisse der oberen Bürokratie. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der vorgesehenen Verschlechterung werde, obwohl Ministerialdirektor Weigert keinen einzigen Fall anführen kann, wo dienstlich begründete Verlegungen von Fachkräften bisher erschwert worden wäre, von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die Übertragbarkeit von Staatsmitteln von einem Arbeitsamt zum anderen innerhalb des Etatsjahres soll nach der Vorlage künftig zulässig sein. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Gerlach und Kuffhäuser wiesen auf das Bedenken dieser Maßnahme hin. Der Ausschuss beschloß auf sozialdemokratischen Antrag, daß der Vorstand der Reichsanstalt bei solchen Staatsübertragungen vorher den zuständigen Verwaltungsausschuss zu hören hat.

Eine große Debatte brachte die Frage der Stellenvermittlung. Kuffhäuser begründete einen sozialdemokratischen Antrag, wonach dem § 65, der die Möglichkeit der Einführung einer Meldepflicht offener Stellen durch den Arbeitsminister vorsieht, eine gesetzliche Bestimmung angefügt werden soll, wonach Betriebe, die öffentliche Aufträge auszuführen haben oder öffentliche Subventionen erhalten, die Meldepflicht bei dem zuständigen Arbeitsamt auszuüben haben.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wies Kuffhäuser darauf hin, daß die Auswirkung des von der Reichsregierung angeführten Arbeitsbeschaffungsprogramms nur gewährleistet sei, wenn die mit öffentlichen Aufträgen bedachten Firmen einer Meldepflicht an die Arbeitsämter unterstellt würden. Ministerialdirektor Weigert erklärte an, daß auch die Reichsregierung die Tendenz des sozialdemokratischen Antrags billige, doch wolle er keine gesetzliche Festlegung. Abg. Dr. Brauns (Z.) und Leopold (Dnat.) wandten sich gegen jede gesetzliche Meldepflicht. Thiel (Dsp.) erklärte, seine Fraktion lehne den sozialdemokratischen Antrag „selbstverständlich“ ab. Bissell (Soz.) wies darauf hin, daß die Schloßmeyer in Elbing Riesenfabriken erhalten, trotzdem aber Tausende von Industriearbeitern arbeitslos gelassen und ländliche Arbeitskräfte herangezogen habe.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag wurde zunächst zurückgestellt und die Frage Arbeitslosenversicherung und Landwirtschaft angesprochen. Während die Deutschnationalen den Personenkreis weiter einschränken wollen, verlangt ein sozialdemokratischer Antrag Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das ländliche Gelande. Jäger (Soz.) beleuchtete die wachsende Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern und betont, daß langfristige Arbeitsverträge immer seltener werden. Behrens (Kolkonservativ) bestärkte die Ausführungen Jägers. Frau Schroeder (Soz.) zeigte an den Berichten der Gesundheitsfürsorge, in wachendem Maße die Erwerbslosigkeit von Landarbeiterinnen schädliche Auswirkungen habe und zur weiteren Belastung der Gemeinden führe. Sie bekämpfte demnach sehr scharf den Regierungsvorschlag, der alle Jugendlichen unter 16 Jahren aus der Arbeitslosenversicherung herausnehmen will. Wegen einer gefahrreichen Erparnisübernahme man die jugendlichen Arbeitslosen einfach ihrem Schicksal. Die Antwort der Regierung und der bürgerlichen Parteien bestand in den üblichen Redensarten über unerfreuliche Begleiterscheinungen der jugendlichen Unterernährung. — Die Weiterberatung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Verfassungsfeier 1930.

Der Beschluß des Preussischen Staatsministeriums.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, den diesjährigen Verfassungstag wie in den vergangenen Jahren zu feiern. Die erfolgte Räumung der 3. Zone des besetzten Rheinlandes bedeutet einen weiteren bedeutsamen Markstein auf dem schweren Wege des Wiederaufstiegs. Dieser Grund legt den Gedanken nahe, die Verfassungsfeier unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters gleichzeitig außerhalb in dem Sinne auszufallen, daß die Feiern insbesondere der langersehnten vollständigen Befreiung unseres Rheinlandes gelten.

Zu diesem Zweck wird angedeutet, daß für die Beflaggung der öffentlichen Gebäude die Bestimmungen der Verordnung vom 29. Juni 1929 gelten. Ferner sollen in allen Orten, in denen sich Spitzen der Behörden befinden, möglichst gemeinsame Feiern der Landes- und Reichsbehörden mit den Kommunalbehörden vorbereitet werden. Sämtliche Staatsbeamte, staatliche Angestellte und Arbeiter sind zu den Feiern einzuladen. Es wird von den Staatsbeamten erwartet, daß sie sich an den Feiern beteiligen. Für den Dienst am Verfassungstag gelten die Vorschriften über den Sonntagsdienst.

Soweit diese Regelung in einzelnen Verwaltungszweigen zu Schwierigkeiten führen sollte, bleibt es den betreffenden Fachministern vorbehalten, die erforderlichen Sonderbestimmungen zu treffen.

Die Moskauer Verhandlungen.

Sehr langsamer Fortgang.

Moskau, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die am 17. Juni begonnenen Verhandlungen der deutsch-russischen Schlichtungskommission schreiten nur sehr langsam vorwärts. Da das deutsch-russische Schlichtungsabkommen vom 23. Januar 1929 bestimmt, daß die Tagung der Schlichtungskommission in der Regel nicht länger als 14 Tage beanspruchen darf, so muß im Einverständnis der beiden Regierungen eine Verlängerung erfolgen. Bisher ist nur eine Teilvereinbarung in gewissen Einzelfragen zustande gekommen; man verhandelt über Transittfragen, Postpaketverkehr, Konzessionen, gewerblichen Rechtsschutz, Zahlungsverschiebungen der Berliner Sowjethandelsvertretung usw. Weitaus schwieriger gestaltet sich die Behandlung der grundsätzlichen Fragen (Rechtsstellung der Berliner Sowjethandelsvertretung, Weisheitsbegünstigung im Handelsverkehr, Steigerung des deutschen Absatzes nach Rußland usw.).

Der schwarze Tag der Patrioten.



„Daß nun doch die Feder gutgemacht hat, was unser Schwert verdorben!“

Goebbels „Sozialistenverfolgung“

„Der Sozialismus ist für uns Nationalsozialisten nur Mittel zum Zweck.“

Der Zwist im nationalsozialistischen Lager frist weiter. Die am Montag in der „Neuen Welt“ abgehaltene Generalsammlung des Gaues Berlin stand im Zeichen des Krachs. Zu Beginn wurde nämlich die Opposition zum Verlassen des Saales aufgefordert und, als sie gegen dies Verfahren Einwände erhob, durch Raskommandos gewaltsam an die Luft befördert.

Unter den Hinausgeworfenen befand sich auch der Major Buchrucker, Leiter der Schwarzen Reichswehr und Organisator des Rüstlerparties von 1923, ferner der Leiter der nationalsozialistischen Führerschulen Wille Korn.

Dieser veröffentlicht in Straßers „Nationalen Sozialist“ eine Erklärung, die besonders deshalb Interesse verdient, weil sie die wirkliche Einstellung des Nationalsozialismus zu dem für die zweite Hälfte ihres Firmennamens wählenden Sozialismus schlagartig beleuchtet. Korn schreibt nämlich:

Unter ungeheurer weltlicher Belustigung hat die Parteigenossenschaft die gegen den „Nationalen Sozialist“ gerichteten Kampfmaßnahmen als gegen die Sozialisten in der Partei gerichtet empfunden. Aus diesem Grunde wurde Herr Dr. Goebbels bereits vor 3 Wochen von einem Funktionär des Gaues Berlin, den eine Reihe Parteigenossen darum gebeten hatten, um Klärung über den Kampf gegen den „N.S.“ gebeten und ihm in dieser Unterredung die konkrete Frage vorgelegt: „Wie stehen Sie zum Sozialismus?“ Herr Dr. Goebbels antwortete:

„Der Sozialismus ist für uns Mittel zum Zweck!“

Korn spricht dann weiter von einer „Sozialistenverfolgung“ innerhalb der NSDAP und schildert seinen Hinauswurf aus der Generalsammlung folgendermaßen:

Vor Eröffnung der Generalsammlung wurden jedoch alle Sprecher, die sich gegen die Gausleitung wenden wollten, unter Bruch der Parteiflagge durch den Gaugeschäftsführer Wille aus dem Saal gewiesen.

Nachdem ich mich weigerte, wurde ein Raskommando mobilisiert, das mich zum Verlassen des Saales zwang. Die nunmehr

abrollende Generalmitgliederversammlung wurde damit zu einer Farce. Herr Dr. Goebbels ließ nach diesen Regievorbereitungen erklären, daß er zu allen diesen Maßnahmen von Adolf Hitler Generalvollmacht habe.

Damit wird aber diese „Sozialistenverfolgung“ zum Parteifarsenstück.

Schließlich ist noch eine Erklärung des ausgeschlossenen Redakteurs Richard Schapke zu notieren. Sie ergibt, daß Goebbels vor Gericht aufgestellte Behauptung, er habe für Hindenburg 14 Tage in belgischen Gefängnissen gesessen und sei dabei mit der Reichspolizei traktiert worden, eine Renommisterei und Aufschneidererei gewesen ist. Weil Schapke sich unterstanden hat, darauf aufmerksam zu machen, daß Goebbels behaupteten Behauptungen keine entsprechenden Heldentaten gegenüberständen, mußte er über die Klinge springen.

Interessant ist, daß Hitlers „Völkischer Beobachter“ bisher zu den Vorgängen in Berlin noch keine Stellung genommen hat. Der Diktator ist sich anscheinend noch nicht ganz klar, auf welches Pferd als das aussichtsreichere er setzen soll.

Der Krach geht weiter.

Die Nationalsozialisten hielten gestern Abend im Sportpalast eine Versammlung ab, die sich gegen die Befreiungsfeier richtete. In dieser Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Wagner-Hodum, die Nationalsozialistische Partei müsse eiserne Disziplin üben. Wer nicht mitmache, werde rücksichtslos an die Wand gedrückt.

Der neugewählte sächsische Abg. Dr. Brenneke ist von der Dresdener Schriftleitung des in Berlin erscheinenden nationalsozialistischen „Sächsischen Beobachters“ zurückgetreten. Dieser Rücktritt ist auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, die zwischen Hitler und der Leitung des Straßerschen Kampftags, in dem die Zeitung erscheint, über die Haltung der Nationalsozialisten bei der sächsischen Regierungsbildung bestehen.

Admirale gegen Flottenabkommen.

Ihre Parole: Nicht Rüstungstillstand, sondern 20 Schlachtschiffe mehr! ...

London, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Im englischen Oberhaus wurde heute die Arbeiterregierung von den früheren Admiralen Beatty und Jellicoe außerordentlich heftig wegen ihrer Flottenpolitik angegriffen. Die Redner kritisierten aufs Schärfste die aus der Flottenkonferenz von MacDonald mit Amerika und Japan getroffenen Abmachungen, und Jellicoe meinte am Schluß seiner Rede, daß von der Arbeiterregierung für die Erwerbungen ausgekreutzte Geld sei besser angelegt, wenn England, statt seine Flotte zu vermindern, 20 Schlachtschiffe mehr bauen würde. (1)

Für die Regierung erwiderte Lord Balfour und Lord Thompson. Sie wiesen die Angriffe der Admirale zurück. Thompson sagte, wenn das von den Admiralen bezüglich der Sicherheit Englands gemalte schwarze Bild richtig sei, so könne England weder durch 70 noch durch 170 Schlachtschiffe gerettet werden. Die beste Sicherung meinen Balfour und Thompson am Schluß, liege in den freundschaftlichen Beziehungen zu den verschiedenen Ländern.

Sie gehen schweigend ins Gefängnis.

Indische Volksführer verteidigen sich nicht vor englischem Gericht.

Bombay, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Motilal Nehru, der tags vorher verhaftete Präsident des allindischen Kongresses, und sein Sekretär, Dr. Sejed, sind wegen Gesetzesübertretung zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Vor Gericht verweigerten die Angeklagten jede Aussage, ebenso verzichteten sie auf jede Verteidigung.

Die Bevölkerung, die anfänglich der Verhaftung Nehrus in einem mehrstündigen Proteststreik getreten war, antwortete auf das Urteil

mit einer Demonstration, an der sich besonders stark Studenten beteiligten. Ueber die Hälfte der Baumwollspinnereien stellte die Arbeit ein. Zahlreiche Kinos und Theater wurden geschlossen.

Ein neuer Fall Bessedowski?

Ein GPU-Leiter will enthüllen.

Paris, 1. Juli.

Nach einer Meldung des russischen Emigrantenblattes „Die letzten Nachrichten“ hat ein hoher Funktionär der Tscheka namens Agabekow seine Stellung aufgegeben und ist nach Paris geflüchtet. Er sei Chef der orientalischen Abteilung der GPU und in den letzten Jahren als Geheimagent in der Türkei, Griechenland und Ägypten tätig gewesen. Er habe nicht mehr Politik in China, Persien, Afghanistan und im nahen Osten sein wollen. Er habe außerdem für die nächste Zeit die Veröffentlichung von Geheimdokumenten über die Machenschaften der Sowjets angekündigt.

Blamable Sowjetpapiere.

Vor einigen Tagen war aus Kowal gemeldet worden, daß russische Marinepapiere und eine Sowjetflagge an die estnische Küste angebracht worden seien und man deshalb ein Schiffsunglück bei den Randern der Sowjetflotte vermute. Jetzt wird weiter berichtet, daß diese Dokumente vom Sowjetkriegsschiff „Ajus“ stammen und zum großen Teil Tagesbefehle und Verfügungen seien, die sich gegen die Disziplinlosigkeit und in manchen Fällen sogar Verwahrlosung richten.

In Bolivien ist nach Meldung der Deutschen Gesandtschaft ein provisorischer Regentrat aus sechs Offizieren unter Vorsitz des Generals Carlos Blanco Galindo eingesetzt worden. Sämtliche Gesandtschaften haben auf Anforderung Militärwachen erhalten.

Der Widerstand an der Ruhr.

Beginn des Kampfes im Ruhrgebiet.

Essen, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Heute liefen die Kündigungsfristen im Bereich der Nordwestlichen Eisenindustrie ab und die neuen Akkordsätze, die von den Unternehmern diktiert wurden, sollten in Kraft treten. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte seinen Mitgliedern Anweisung gegeben, jede Verschlechterung der Akkordsätze abzulehnen, während der Christliche Metallarbeiterverband die gegenteilige Anweisung herausgab. In den Betrieben war den Arbeitern von den Verteilungen gesagt worden, daß sie entweder zu den neuen Bedingungen arbeiten oder sich als entlassen betrachten müßten.

Obwohl die Unternehmer bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium die Zusicherung gegeben hatten, einen durchschnittlichen Lohnabbau von 7 1/2 Proz. vorzunehmen, sind die Akkordsätze teilweise bis zu 30 Pf. die Stunde vergrößert worden. In einzelnen Betrieben wiederum sind erhebliche niedrigere Abzüge gemacht worden. So besonders in Witten. Die Wittenener Hütte hat, als die Arbeiter sich weigerten, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten, die neuen Akkordsätze sowie auch die Kündigung zurückgezogen. Es bleibt also dort bei den bisherigen Löhnen.

Soweit bisher Meldungen beim Deutschen Metallarbeiterverband in Essen vorliegen, haben sich von der Tagelohn insgesamt 15 000 Mann geweigert, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten und sind somit ausgesperrt.

Es ist aber anzunehmen, daß diese Zahl sich erheblich vergrößern wird. Zunächst werden die Arbeiter der Rachtischitz hinzukommen, die sich weigern, zu den verkürzten Löhnen weiterzuarbeiten. Es muß aber auch sonst mit einer Ausdehnung des Kampfes gerechnet werden.

Bei Krupp in Essen haben von der Tagelohn insgesamt 2100 Mann die Aufnahme der Arbeit verweigert. Das Stahl- und Walzwerk von Ithelen in Wüschheim a. d. Ruhr mit 5000 Mann ist vollständig stillgelegt. Bei der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Wüschheim, die den Vereinigten Stahlwerken gehört, haben von 3300 Mann Belegschaft 2500 die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Infolgedessen ist der Betrieb stillgelegt. Das Montagewerk von Siemens-Schuckert mit 1700 Mann ist vollständig stillgelegt.

In Düsseldorf haben in 11 Betrieben bisher 1800 Mann die Arbeitsaufnahme zu den neuen Bedingungen verweigert. In Gelsenkirchen haben in 2 Betrieben 750 Mann die Arbeitsaufnahme verweigert. In Bochum, beim Bochumer Verein und bei der Eisenhütten A.-G. haben bisher 600 Mann die Arbeit niedergelegt.

Der Deutsche Metallarbeiterverband beschloß gestern auf einer Bezirkskonferenz, des Arbeitszeitabkommens vom 30. September zu kündigen. Der Christliche Metallarbeiterverband hat den gleichen

Beschluß gefaßt. Die Unternehmer haben dagegen das Lohnabkommen gleichfalls zum 30. September gekündigt. Wie wir erfahren, werden die ersten Verhandlungen am 8. Juli stattfinden.

Hasper Eisenwerke stillgelegt.

Essen, 1. Juli. (WTB.)

Die Arbeiter des Hasper Eisenwerkes in Hagen haben heute morgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen. 2600 Personen sind den Betrieben ferngeblieben. Es wird über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt.

Wie Stegerwald den Frieden sichert.

Die ersten Wirkungen der Verbindlichkeitserklärung.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat im Reichstag erklärt, daß er den Schiedsspruch von Deynhäusen, der bekanntlich die sogenannte Severing-Klausel aufhob und den Unternehmern dadurch die Möglichkeit gab, die Akkordsätze herabzusetzen, deshalb für verbindlich erklärt, um im Ruhrgebiet einen großen Arbeitstempel zu verhindern.

Die Tatsachen liegen ganz anders. Wäre der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt worden, dann hätte vor dem 30. September ein Kampf überhaupt nicht stattfinden können. Erst durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs von Deynhäusen wurde die Gefahr eines großen Kampfes akut.

Es lag ohne weiteres auf der Hand, daß die Arbeiter sich einer durch nichts gerechtfertigten Lohnkürzung widersetzen würden. Wenn auch der Christliche Metallarbeiterverband, um sich nicht in offenen Widerspruch zu setzen mit seinem prominentesten Vertreter in der Reichsregierung, die Anweisung herausgab, sich mit den Lohnkürzungen abzufinden, so ist es doch sehr unwahrscheinlich, daß der Versuch der Schwerindustriellen, einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen, glatt durchgehen wird. Wenn auch das Organisationsverhältnis in der Nordwestlichen Eisenindustrie nicht ein besonders günstiges ist, wozu noch die Tatsache gerechnet werden muß, daß der Christliche Metallarbeiterverband dort seine stärksten Mitgliedergruppen hat, so trifft der Lohnabbau die Arbeiterschaft so empfindlich, daß die Stellungnahme des Christlichen Metallarbeiterverbandes auf die Dauer eine sehr schwierige werden wird.

Hinzu kommt, daß gerade die qualifizierten Arbeiter, die für jeden Betrieb lebenswichtig sind, weit besser organisiert und besonders auch freigewerkschaftlich organisiert sind, als die ungelerneten Arbeiter. Der Lohnabbau wird also trotz aller Hindernisse und Zersplitterung, trotz der Ungunst der organisatorischen Verhältnisse auf einen entschiedenen Widerstand stoßen. Unbeachtet kann dabei das Geshrei der Kommunisten bleiben. Die Anweisungen der Kommunisten werden auch von ihren treuesten Anhängern nicht befolgt.

Zentrumsminister Hirtfelder aus für die des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Wir machen diese Feststellung, ohne zu erwarten, daß „Der Deutsche“ seine groben Lügen und Fälschungen berichtigt wird.

Schlussigung der Schuhmacher.

Der Verbandstag der Schuhmacher in Magdeburg nahm in seiner am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Schlussigung eine bedeutsame Statutenänderung vor, wonach auch die Erwerbslosen und Invalidenmarken als Mitgliederbeiträge für die Wahlen zum Verbandstag gelten. Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft. Vorstand und Redakteur, die unbedingten Vorstandsmitglieder und der Ausschussvorsitzende wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandsvorsitzende Simon gab dem Wunsch Ausdruck, daß man mehr Frauen zum Verbandstag delegieren möge. Diesmal sei eine einzige Frau die Vertreterin von Zehntausenden weiblicher Mitglieder gewesen. In seinem Schlusswort hob Simon mit besonderem Nachdruck die Sachlichkeit der Verhandlungen des Verbandstags hervor. Von Tagung zu Tagung sei man sich einander näher gekommen. Auch die Kritik der ideologisch Andersgestellten habe gezeigt, daß auch sie das ehrliche Streben der Mehrheit der Mitglieder zum Wohl des Verbandes immer besser würdigen.

Der Ausklang des Verbandstags war ein packender Beweis für die Einmütigkeit und Stärke des freigewerkschaftlichen Schuhmacherverbandes.

Die „revolutionären“ Zimmerer.

Sie arbeiten und schwindeln in Aiford.

Mit der Ueberschrift: „Gewerkschaftsbürokrat Ziege vermittelt Zimmerer nach gesperrter Baustelle“ brachte die „R. F.“ eine Notiz, wonach die Baustelle Alarantage in Stahnsdorf bei Lefzow, Firma H. W. und H. Förster, Berlin W 9, Köthener Straße 31, gesperrt sei, weil sie sich weigere, eine Schlussabrechnung für Akkordarbeiten zu geben und die Zimmerer und Einschaler ausgesperrt habe, als sie endgültig Abrechnung forderten.

„Zieht haben die Reformisten vom Zentralverband der Zimmerer hinter dem Rücken der Kämpfenden mit dem Unternehmer ausgemacht, daß die Forderung von 60.— Mark Nachzahlung auf 30.— Mark herabgesetzt wird und ein 20prozentiger Zuschlag für Akkordarbeiten künftig nur von Fall zu Fall gezahlt werden soll. Die Zimmerer lehnten mit aller Entschiedenheit ab. Zieht erklärt die Bürokratie, daß für sie ein Streit auf dieser Baustelle nicht besteht und empfiehlt arbeitslosen Zimmerern ihrer Organisation, auf dieser Baustelle Arbeit anzunehmen. Leider haben sich 13 bis 15 Zimmerer dazu bereitgefunden.“

Dazu ist zu sagen: Die Zimmerer der Firma hatten entgegen den Sagen und Beschlüssen des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands sich erboten, die Einschalarbeiten auf der Baustelle „Alarantage Stahnsdorf“ in Aiford auszuführen. Da sie mit dem vereinbarten Lohnsatz nicht auskamen, wurde er von 2.— Mark auf 2,30 pro Quadratmeter erhöht. Es stellte sich jedoch heraus, daß die an diesem Akkordvertrag beteiligten Zimmerer auch jetzt noch nicht auf den erhofften Lohn kamen. Sie traten an die Firma mit einer nachträglichen Forderung von 60 Mark pro Mann heran und verlangten auch ein Aufmaß der bis dahin geleisteten Arbeit. Die Firma lehnte dies ab, worauf die Zimmerer am 12. Juni die Arbeit niederklegten. Nach mehrmaliger verbündeter Aufforderung der Bauleitung, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurden sie entlassen.

Am 13. Juni nachmittags, erhielt die Ortsverwaltung der Zimmerer von der Arbeitsniederlegung erst Kenntnis. Am 16. Juni verhandelte dann der Verbandsangestellte Ziege in Gegenwart von drei dort beschäftigten Kameraden mit der Bauleitung. Er machte dem Vorschlag, die Arbeit sobald wie möglich wieder aufzunehmen, nicht wieder in Aiford, sondern in Zeitzohn, zu den tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die bisher geleistete Arbeit sollte endlich aufgemessen werden.

Die Bauleitung und die anwesenden Zimmerer waren damit einverstanden. Den weiteren Vorschlag, jedem der beteiligten Zimmerer zur Abgeltung 30.— Mark zu zahlen, lehnte die Bauleitung und die Zimmerer ab. Die Annahme dieses Vorschlages wäre für die Zimmerer unter den gegebenen Umständen das günstigste gewesen was zu erreichen war. Am nächsten Tage verhandelte Ziege mit dem Syndikus der Firma und dem Vertreter des „Reichsverbandes industrieller Bauunternehmungen“, jedoch ohne Erfolg.

Kein Wort von einem 20prozentigen Zuschlag für künftige Akkordarbeiten. Der Zentralverband der Zimmerer hat auch noch keinen Zimmerer dorthin geschickt, noch während der Verhandlungen mit der Firma Förster teilte die Bauleitung telephonisch mit, daß sich bereits vier Zimmerer zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hätten, die noch untern Informationen Anhänger der Republiklanger Richtung waren.

Für den Zentralverband der Zimmerer als Tarifkontrahent lag keine Veranlassung mehr vor, an den Dingen irgend etwas zu ändern, nachdem der Vertreter des Republiklanger-Verbandes, Trohne, und der Vertreter des Industrieverbandes für das Baugewerbe, Zimmermann, den Streit bereits entseffelt und die gewünschte „Kompensation“ ihre Tätigkeit begonnen hatte.

Intervention in Mansfeld.

Eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister.

Eisleben, 1. Juli.

Die Landräte des Mansfelder Seekreises und des Mansfelder Gebirgskreises sowie die Bürgermeister von Eisleben und Heitzfeld haben eine gemeinsame Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der sie ihn bitten, unverzüglich alles zu tun, um die Beendigung des Wirtschaftskampfes bei der Mansfeld A.G. herbeizuführen. Eine gleiche Eingabe ist auch an den Demobilisierungskommissar in Merseburg gerichtet worden.

Der Reichsarbeitsminister hat bereits in einer Reichstagsrede indirekt für die Mansfeld-A.G. Partei ergriffen, als er sich zur Verteilung des Gehaltsabbaues der Beamten auf die Mansfeld-A.G. betrieil. Aber nachdem die Kumpels sich seit vier Wochen heftig gegen den ungeheuerlichen Lohnabbau von 15 Proz. wehren, wird auch Stegerwald der Mansfeld-A.G. nicht helfen können. Diese wird sich schon bequemen müssen, von ihrem hohen Pferd herabzuspringen.

Taschen zu, Augen auf!

Die „Revolutionäre“ sammeln weiter.

Eisleben, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der kommunistische Bettelack geht um. Wie einige Jahrestellen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter — nicht der Mansfelder, sondern anderer Kreise — melden, werden Sammlungen für die Mansfelder Streikenden veranstaltet. Es kann sich dabei nur um kommunistische Sammlungen handeln. Die Gewerkschaften haben damit nichts zu tun und fordern ihre Mitglieder auf, sich an diesen Sammlungen nicht zu beteiligen.

Für die Köpfe der Moskauer MS. sind die Großen der Bergarbeiter wie die aller übrigen Arbeiter zu schade. Bettelackuppen sind erfahrungsgemäß die teuersten Suppen; die Köche, die diese Suppe herstellen, arbeiten am allerwenigsten umsonst.

Verhandlungen im amerikanischen Bergbau.

New York, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Vertreter der amerikanischen Grubenbesitzer und Grubenarbeiter verhandeln zur Zeit über den Abschluß eines neuen fünfjährigen Lohnvertrags. Der gegenwärtig noch geltende Tarif läuft am 1. September ab. Die Gewerkschaften fordern die Beibehaltung des bisherigen Lohnes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherung gegen Entlassungen. Man hofft, die Verhandlungen zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Ergebnis abschließen zu können.

Nicht neun Mark, sondern 13 oder 15 Mark erhielten die Köhler bei dem Fest anlässlich der Weltkonferenz im Sportpalast am 18. Juni. Auf Wunsch der Direktion des Sportpalastes berichtigen wir diesen Irrtum.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Es spielen die Gruppen: Humboldt im Humboldthain; Südosten, Kreuzberg und Lichtenberg in Temp. O. Die 1. Bauarbeiter-Gruppe und Kranführer-Gruppe im Friedrichshagen, Die 1. — heute, Mittwoch, 10 1/2 Uhr, tauchen die Gruppen: Baumhauerweg; Jugendheim Ernststr. 16, Heimbefprechung. — Schönehauser Luz; Jugendheim Ardenner Str. 24-25, heute Abend. — Realist; Gruppenheim Berolstr. 29, Hof, Heimbefprechung. — Eichen, Südwesten; Stadt, Jugendheim Berolstr. 11 (Tobiasstraße), Vortrag: Die politischen Parteien und ihre Beziehungen. — Ringelstein; Jugendheim Brühlstr. 68, Heimbefprechung und Siederabend. — Abwehr; Gruppenheim Albrechtstr. 1, Vortrag: Aufgaben der F.F.J. — Schönehauser Vorwärts; Jugendheim der Schule Kabanienallee 31. Wir besuchen die Veranstaltung des Werberbergs. — Westhof; Jugendheim Conzler Straße 62 (Barade 3). Ein Jahr Schönehauser Vorwärts. — Steinhilf; Jugendheim der Schule Köthener Str. 31, Vortrag: „Jugendlicher Sport“, Referent: Reisel. — Westhof; Jugendheim Köthener Str. 14, Edu. Kanner Straße. Wir besuchen die Verlesung des Werberbergs. — Schöhl; Jugendheim Brangelstraße 126, Vortrag: „Alltagsfragen für Angestellte“, Referent: Mühl. — Spandau; Jugendheim Lindenstraße 1. Wir besuchen die Verlesung des Werberbergs.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anstaltlichen

heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Geländespielen; Vortrag: „Was ich im Gefängnis sah“, Referent: Lemm. — Charlottenburg; Jugendheim Rosenstr. 4. Wir besuchen die Verlesung des Werberbergs.

Verantwortlich für Politik Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Schulwesen: R. D. Schäfer; Kolonial und Sanität: Fritz Korbach; Anstalt: Th. Müller; fämtlich in Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Diers 2 Belegten.

Ist das christliche Gewerkschaftspolitik?

Die Lügen und Fälschungen des „Deutschen“.

Wir haben durchaus Verständnis für die schwierige Situation, in die die christlichen Gewerkschaften dadurch gebracht wurden, daß Herr Stegerwald Reichsarbeitsminister wurde. Herr Stegerwald hält sich auch für einen großen Wirtschaftspolitiker. Es will der deutschen Wirtschaft zu Hilfe kommen, indem er sie „entlastet“. Die Unternehmer sollen also entlastet sein nicht nur von den Sozialausgaben, sondern auch von den „hohen Löhnen“. Eine derartige Politik zu verteidigen, ist für ein Arbeiterblatt, auch wenn er gleichzeitig volksparteiliche, zentrumsliche, deutschnationale, volksnationale und nationsozialistische Arbeiter vertritt und vorzieht, eine „Tageszeitung für Deutsche Volksgemeinschaft und für ein unabhängiges Deutschland“ zu sein, recht schwer.

Wir hätten also unter diesen Umständen einiges Verständnis für polemische Entgleisungen und Uebertreibungen. Was sich „Der Deutsche“ aber in den letzten Tagen und Wochen leistet, hat mit Polemik überhaupt nichts mehr zu tun. Wir haben wiederholt die bewußt unwahren Angriffe auf unseren Genossen Wissell zurückgewiesen müssen. Das stärkste Stück war wohl die Behauptung, daß Genosse Wissell als Reichsarbeitsminister die Lohnherabsetzung von 8 Proz., die ein Schiedsspruch den streikenden niederschlesischen Bergarbeitern zugesprochen hatte, auf 4 Proz. herabgesetzt und daß er dann in dieser Form den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hätte. Wir haben festgestellt, daß diese Behauptung des „Deutschen“ in keiner Weise den Tatsachen entspricht und auch nicht entsprechen konnte.

Der einfachste journalistische Anstand hätte den „Deutschen“ verpflichtet, seine in großer Aufmachung aufgestellte Behauptung zu berichtigen. Aber Anstand scheint etwas zu sein, was gegenwärtig im „Deutschen“ streng verpönt ist. Dafür ein weiteres Beispiel: Am „Deutschen“ von heute wird unter der kühnen Ueberschrift „Rote Unehrllichkeit“, behauptet, Genosse Helmuth Lehmann bewundere und verteidige in einem Artikel der „Deutschen Krankenkasse“ die sogenannte Reform der Krankenversicherung des Herrn Stegerwald. Tatsächlich unterzieht Genosse Lehmann diese sogenannte Reform einer vernünftigen Kritik. Nur soweit die Neuregelung der Krzfrage in Betracht kommt, stimmt Genosse Lehmann grundsätzlich zu, weil er eben als Sozialdemokrat auch den Gegner nicht mit jesuitischer Demagogie und Verlogenheit, sondern mit sachlichen Argumenten bekämpft.

Mit Recht ist Genosse Lehmann aber in diesem Punkte sehr skeptisch und beschränkt, daß der Reichstag vielleicht in seiner reaktionären Mehrheit bereit sein wird, die ungeheuerlichen Verschlechterungen anzunehmen, aber in der Krzfrage verjagen wird. Deshalb schreibt Genosse Lehmann auch: „Erst wenn erkennbar ist, ob der Reichstag in diesem Punkte bereit ist, der Regierung zu folgen, lohnt es sich, zu den Einzelheiten dieser Regelung Stellung zu nehmen.“ Daß Genosse Lehmann dem Entwurf sonst kritisch und ablehnend gegenübersteht, ist ja im übrigen durch seine Rede auf der Kundgebung des Hauptverbandes der deutschen Krankenkassen bekannt.

„Der Deutsche“ besitzt auch die Kühnheit, die unter Leitung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Dr. Braun stehende preussische Regierung auszuspielen gegen den „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, obwohl er weiß, daß in dieser Frage der dem Zentrum und der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehörende Wohlfahrtsminister Hirtfelder ausschlaggebend ist. Wir stellen also fest: „Der Deutsche“ steht bewußt und handgreiflich Lügen in die Welt. Er fälscht Sitate in ihr Gegenteil um und gibt die Stellungnahme des

STAATL. FACHINGEN
Nähtischein
Menschen
Zur **Gesundhaltung!**
Fachinger Versandstoffe, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. L 6120 u 200-01

Berlin ohne Ausgabendeckung.

Alle Rathausfraktionen lehnen Steuererteilung ab.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern Abend der Steuererteilungsschlüssel für 1930 in einer namentlichen Abstimmung mit allen Stimmen (201) abgelehnt. Alle Fraktionen, auch die sozialdemokratische, versagten dem vom Magistrat eingereichten Verteilungsschlüssel für die zu erhebenden Steuern ihre Zustimmung. Damit war ein kleiner Teil der Ausgaben ungedeckt geblieben; das Wort hat jetzt der Oberpräsident, der als Aufsichtsbehörde von sich aus nunmehr die Steuererteilung vornehmen wird.

Der Vorsteher Hof (Soz.) begann die gestrige außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten mit einem

Glückwunsch und Dank an das Rheinland.

Nach die Stadt Berlin danke noch einmal den Männern und Frauen des bisher belehnten Gebietes für ihre Treue zum Reich. Der Vorsteher mußte seine Ausführungen leider unter Spektakel der Kommunisten und Nationalsozialisten machen; alle anderen Fraktionen schlossen sich dem Vorsteher durch Beifall und Handklatschen an.

Dann wurden die Schlusssätze der Fraktionen zum Etat für 1930 fortgesetzt. Es sprachen noch die Stadtverordneten Schuber (Dem.), Lippert (Nat.-Soz.), Reins (Wirtsch.), Lange (Z.) und Vertreter der Splitterparteien. Zuvor gab Stadtschultheiß Lange (Soz.), der Redner der Rätefraktion, dem Magistratsbeschlusse für den

Umlage-Verteilungsschlüssel

bekannt. Dieser Schlüssel, der die Verteilung der Steuererhöhungen zum Zwecke der Deckung des nach der Beratung des Etats übriggebliebenen Defizits von rund 3 1/2 Millionen Mark regelt, bringt — nach dem Beschlusse des Magistrats, der vom Plenum gebilligt werden mußte — einen Zuschlag

- zur Grundvermögenssteuer von 240 Proz.,
- zur Gewerbesteuer von 535 Proz.,
- zur Lohnsummensteuer von 1225 Proz.

Die Miete würde demnach also um etwa 1,5 Proz. gesteigert werden, die Gewerbesteuer ist um 110 Proz., die Lohnsummensteuer um rund 300 Proz. erhöht. Der Stadtschultheiß erklärte schließlich, daß der Magistrat der in der letzten Sitzung von einer Rechts-Anwaltschaft beschlossenen Befreiung aller Gewerbetreibenden mit einem Ein-

kommen bis 3000 M. von der Gewerbesteuer nicht beitreten konnte, weil der Beschluß den gesetzlichen Bestimmungen zuwider läuft.

Die Abstimmung über die Steuererteilung

(Den Umlageverteilungsschlüssel) ergab in namentlicher Abstimmung die Ablehnung der Steuererteilung. Alle Fraktionen, auch die sozialdemokratische, stimmten mit „Rein“.

Kurz vor der Abstimmung gab es ein kleines Intermezzo im Foyer der Versammlung. Bei den letzten Reden hatten sich Kommunisten und Nationalsozialisten gegenseitig angepöbeln und als ein wenig später der Nationalsozialist Lippert den Sitzungssaal verließ, folgten ihm einige kommunistische Stadtverordnete und schlugen auf ihn ein. Es entstand ein Tumult, die „Klassenkämpfer“ wurden aber bald auseinander gedrückt. — Die Redefreiheit im Parlament zu schützen hatte der Vorsteher vorher ausgiebige Gelegenheit: Frau Rosenthal, früher prominente kommunistische Stadtverordnete, nach der Wahl im November aber aus der Partei ausgeschlossen, wollte zum Etat eine längere Erklärung abgeben. Aber die gesamte, 56 Köpfe starke kommunistische Fraktion stürzte sich auf die eine Frau am Rednerpult; mit Brüllen, Bulddelgeklapper und den unqualifiziertesten Zurufen versuchte man die Frau am Reden zu hindern. Vorsteher Hof mußte mit aller Energie Ruhe schaffen, aber das Gebrüll setzte immer wieder von neuem ein. Erst als Frau Rosenthal, die gegenwärtig fraktionslos ist, ihre Erklärung beendet hatte, trat wieder Ruhe ein.

Volksbühne und Stadt.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsanfrage zugehen lassen mit der Bitte, der Volksbühne ein zinsloses Darlehen in Höhe von 75 000 M. für das Spieljahr 1928/29 und ein weiteres in Höhe von 100 000 M. für das Spieljahr 1929/30 zu gewähren und sich mit der bereits erfolgten Auszahlung nachträglich einverstanden zu erklären. Das Darlehen soll bis spätestens 31. März 1931 zurückgezahlt werden. Gleichzeitig wird die Stadtverordnetenversammlung um ihr Einverständnis dafür gebeten, daß die in Rechnungsjahr 1928 gewährten zinslosen Darlehen von insgesamt 300 000 M. der Volksbühne belassen bleiben.

Wir wollen hoffen, daß die Stadtverordnetenversammlung sich der Bitte der Volksbühne nicht verschließen wird. Die volksbildnerisch wertvolle Arbeit der Volksbühne hat ein Anrecht auf Unterstützung durch die Kommune.

Die Existenz für 300 Mark geopfert.

Zuchthausurteil gegen einen Justizinspektor.

Das erweiterte Schöffengericht Neukölln verurteilte den hiesigen Justizinspektor Oskar Holz wegen fortgesetzter Unterschlagung im Amte in Höhe von dreihundert Mark, unrichtiger Führung eines Registers und Urkundenbeseitigung zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr zwei Monaten und dreihundert Mark Geldstrafe.

Der Angeklagte, der noch am Montag seinen Dienst versah und nicht suspendiert war, ist seit Jahren Abteilungsleiter beim Amtsgericht Neukölln. In dieser Eigenschaft hatte er auch mit der Zahlung von Geldstrafen zu tun, die ihm zum Verhängnis wurden. In den Jahren 1927 und 1928 wurde ein Neuköllner Fabrikant wegen eines Steuerdefizites zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt, die unter der Bedingung auf sechshundert Mark herabgesetzt wurde, daß regelmäßig Ratenzahlungen erfolgen. Auf eine Anfrage des Finanzamtes Neukölln, ob die Geldstrafe gezahlt sei, gab Holz wahrheitswidrig einen Bescheid, daß die Zahlungen noch weiterhin gesundet seien. Die Ermittlungen ergaben, daß der Justizinspektor den Fabrikanten selbst in seinem Geschäftslokale aufgesucht und Gelder

einkassiert hat und daß plötzlich die Aktien zu dem Fall verschwinden waren. Der Angeklagte gab zu, Geld in bar eingezogen zu haben, obwohl er das nicht durfte. Es sei aber eine Befähigung gewesen. Die Unterschlagung bestritt er auf das entschiedenste. Er wolle für das eingezogene Geld Kostenmarken erwerben und entwertet haben, die er in die Aktien gesteckt habe. Ueber den Verbleib der Aktien wisse er nichts. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr zwei Monate Zuchthaus und tausend Mark Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Flehe, führte aus, daß trotz aller Verdachtsmomente der Angeklagte nicht verurteilt werden könne, da schon oft Indizienbeweise zu Fehlurteilen geführt hätten. Das Gericht kam trotzdem zu dem oben wiedergegebenen Urteil.

Berlin muß schmorn.

Im ganzen Reich herrscht zur Zeit schönstes Ferienwetter und wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist mit einer Fortdauer der Schönmeterperiode auch für die nächste Zeit zu rechnen. Die Temperaturen waren allerdings gestern in den einzelnen Landestellen recht verschieden. Dippelshagen meldete 22 Grad Wärme, Berlin hatte als höchste Tagestemperatur 25 Grad Wärme und

Sachsen 28 Grad Wärme im Schatten. Besonders heiß war es in den frühen Nachmittagsstunden in der Rheingegend, wo das Thermometer 32 Grad Wärme im Schatten erreichte. Diese ausgesprochen tropische Temperatur war aber nur von kurzer Dauer. Für Berlin ist kein Anzeichen für eine Änderung des Witterungscharakters zu erkennen. Die Winde werden mehr nach Südosten drehen, was mit einem weiteren Ansteigen der Temperaturen verbunden sein dürfte.

Der Schuldige von Buir gefunden? Aufsehen erregende Aussage eines Betriebsassistenten.

881a, 1. Juli.

In der heutigen Verhandlung gegen den Lokomotivführer Nordhaus und den Fahrdienstleiter Fischer wegen des Eisenbahnunglücks bei Buir sagte ein Eisenbahnwerkstättenvorsteher in Hamm, wo Nordhaus beheimatet war, aus, daß der entscheidende Vorfallsbefehl 32 vor dem Unglück nicht an der Tafel angehängt gewesen sei. Auch das Dienstamtsauftragstelegramm, das die Dienstamtsauftrag in Kraft setzen sollte, sei bei den Telegrammen geblieben und nicht in die Dienstmappe gekommen. Eine Aufsehen erregende Erklärung gab ein Eisenbahnbetriebsassistent ab. Er sagte, er habe nach der Dienstamtsauftrag 32 gesucht, sie aber nirgends gefunden und daher angenommen, daß sie für den Bezirk ohne Bedeutung war. Deshalb habe er den Telegrammbrief abgesetzt. Nach dem Unglück am Montag habe er dann die vermißte Dienstamtsauftrag 32 gefunden. Sie hatte sich in die Dienstamtsauftrag 33 geschoben. Staatsanwalt: Auf der Dienstamtsauftrag 32 steht doch ausdrücklich: „Angehört am 23. August, abgenommen am 26. August.“ Ist das nicht richtig? Zeuge: Nein, das habe ich selbst erst am Montag darauf geschrieben. Rechtsanwalt Frank (Dortmund): Ich weise darauf hin, daß dieser Zeuge das Recht der Zeugnisverweigerung hat. Er hat die Anordnungen der Reichsbahn durchkreuzt, also schwere Urkundenfälschung begangen.

Ein Lokomotivführer erklärte, der Werkstättenvorsteher habe gesagt, die Lokomotivführer sollten doch die Befehlsanweisung unterschreiben, daß sie den Telegrammbrief und die Dienstamtsauftrag 32 gesehen hätten. Es handele sich ja nur um eine Formsache.

Heute nachmittag findet ein Totfalltermin an der Unfallstelle statt.

Bluttat eines Reichswehrsoldaten.

Um 5 Pfennig zum Mörder geworden.

Ein Glogauer Reichswehrsoldat geriet wegen einer Bierverletzung von 5 Pf. pro Glas mit einem Glogauer Gastwirt in einen sehr heftigen Streit, der damit endete, daß der Soldat den Wirt mit dem Seitengewehr kurzerhand erschoss. Der Mörder wurde verhaftet.

Soll das Seitengewehr, das in der alten Armee oft eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, auch in der neuen Armee das Leben der Bürger bedrohen?

Neue Fahrtscheine bei der BVG.

Die am 2. Juli in Kraft tretende Tarifänderung bei den städtischen BVG-Berchessmitteln macht auch die Ausgabe neuer Fahrtscheine notwendig. Für die Straßenbahn werden neben den bisherigen Fahrtscheinen mehrgarben mit roten Streifen ausgegeben, die zum Umsteigen zur Straßenbahn oder Untergrundbahn berechtigen. Für die Untergrundbahnen werden neben den bisherigen gelben Fahrtscheinen gelbe mit blauem Streifen ausgegeben. Der Omnibusfahrtschein für die einfache Fahrt bleibt wie bisher rot, der Umsteigefahrtschein zu 30 Pf. trägt einen dunkelroten Streifen. Die Sammelfahrtscheine für zwölf Karren sind für den Juli grün; die Farbe soll jedoch alle Monate gewechselt werden. Die zwölf Fahrten des Sammelfahrtscheins müssen innerhalb eines Monats abgefahren werden, jedoch sind Ueberfahrungen bis zu drei Tagen zugelassen.

SINCLAIR LEWIS
11) **DER ERWERB**
ROMAN
Übersetzt von Cl. Moltet. — Meyer & Jessen, Vertrieb, München.

Zart, fein und die gekränkte Würde in Person, verliebte Frau Golden das Zimmer; sie legte sich im Schlafzimmer nieder, das Gesicht von der Türe abgewandt, an der Una gänzlich verwehrt und bestürzt stand. Sie lief zur Mutter hin und hüfte ihre Schultern und bat um Verzeihung. Die Mutter streichelte Unas Wangen und schluchzte: „Ach, es macht ja nichts“, doch in einem so hilflos unglücklichen Ton der Verlassenheit, daß es entsetzlich viel machte. Diese Tröstlichkeit qualte Una, während es ihr klar wurde, daß ihre Mutter das praktische Verständnis für die Einzelheiten des Lebens verloren hatte, wieder zum Kinde geworden war und alles vertrauensvoll ihrer Tochter überließ; und doch eine Fähigkeit zu stillem Dulden bewahrt hatte, die kein Kind begreifen kann.

Es war leicht gewesen, die Mutter hieher zu bringen, um ein neues Leben anzufangen. Beide hatten sich ein Leben der Freude und der Schönheit vorgestellt inmitten von reizenden Leuten und Bildern und Konzerten. Doch all diese Gnadengeschenke des Lebens lagen hinter einer staubigen Mauer von Stenographie und Maschinenschreiben verborgen. Unas Kampf, in New York Fuß zu fassen, hatte eben erst begonnen.

Einmal im Monat fanden in der Handelsschule Schulprüfungen statt. Una wurde im Januar fertig. Mit aufrichtigem Bedauern hatte sie sich bereits im Dezember, als Sam Weintraub und Sanford Hunt ausgetreten waren, von ihnen verabschiedet, und nun, im letzten Augenblick, als J. A. Todd andeutete, er würde sie gern einmal besuchen, zögerte sie so lange mit der Antwort, daß er sich entmutigt abwandte. Una streifte mit einem letzten Blick das Schulzimmer — den Ort, an dem ihre Arbeit zum erstenmal ernst genommen worden war — und marschierte in ihre erste Schlacht im ewigen Krieg des Geschäftslebens.

Viertes Kapitel.

1.

Sanford Hunt telefonierte eines Tages, daß er und Herr Julius Edward Schwirk, — den er „Eddie“ nannte —, ihr Möglichstes getan hätten, um ihr eine Anführerstelle in der Bomby-Farben-Aktiengesellschaft zu verschaffen, daß die Sache jedoch gänzlich aussichtslos sei.

In der Handelsschule gab man ihr einige Firmen an, bei denen sie vielleicht eine Anstellung bekommen könnte, doch diese suchten alle annähernd perfekte Kräfte um annähernd gar kein Gehalt. Nach zehntägigem angstvollen Warten im Arbeitsvermittlungsbüro einer Schreibmaschinen-Gesellschaft und nach unzähligen Antworten auf inserierte „Offene Stellen“ wurde sie von den Schreibmaschinenleuten in das Büro der „Auto- und Benzin-Boche“ geschickt, einer Fachzeitschrift. In dieser Atmosphäre einer Literatur über Schmieröl, Schweißmethoden und Emailverfahren lernte Una, als Kopistin mit acht Dollar die Woche, zum ersten Male die Tragik und Romantik der Büromwelt kennen.

2.

Das Geschäftsleben ist voller Romantik. Schöne, große, bedeutungslose, allgemeine Ausdrücke, wie Romantik und Geschäftsleben können stets miteinander in Verbindung gebracht werden. Sie erregen das Denken und sind für Optimisten und Vortragende ungemein verwendbar und nützlich.

Doch es gibt in der Geschäftswelt eine seltsame neue Muse der Romantik, die nicht in silberfarbene Traumschleier gekleidet ist, sondern in ein schlichtes Gewand aus blauem Stoff, der an den Ellbogen nicht so schnell glänzend werden soll.

Und so begannen Unas Erlebnisse in der Geschäftswelt; Erlebnisse der Büros, der müden, gewöhnlichen Menschen, die eine Romantik der Tatsachen kennen, von denen eure Mastenballaristokraten, eure flüsterbehängten Schauspielerinnen und verliebten Mädchen mit den Kolenwanen, sich allerdings nichts träumen lassen. Für die jungen Männer in unseren Gedächtnis und modernen Automobil-Romanen ist die Liebe eine lange, zeitfüllende Unterhaltung; der Bürojüngling im sadenmüden Rod jedoch, der in den müden Augen eines Büromädchens einen menschlichen Blick auffängt, weiß, daß er alle Wunder der Entrücktheit in fünf Minuten hineinpressen muß, weil der Chef umhererschleicht und die von ungefähr

flüchtig nach der Wandaufschrift guckt, auf der zu lesen steht: „Deine Zeit ist das Geld deines Chefs; stiel sie nicht!“

Es ist dies eine Welt, deren lockende Senerie aus Schreibstiften, Schreibmaschinen, Briefordnern, Reklametalendern und Telephonapparaten aufgebaut ist, und aus den leuchtenden Rahlköpfen von Leuten, die Träume für etwas Idiotisches halten. Hier taucht keine Salome am Horizont auf; es wirbt kein eleganter Abenteuerer im Frack um die reiche Erbin. Hier jagen keine tollkühnen Cowboys über die Prärie, es stürmen keine Helden in den europäischen Krieg. Es ist eine Welt, deren Tiefen ihr nicht erfassen könnt, solange ihr nicht gelernt habt, daß der Unterschied zwischen einem 2-A-Bleistift und einem 2-B-Bleistift zumindest dem Gegenfah zwischen London und Tibet gleichkommt; solange ihr nicht begreift, warum ein normales Mädchen mit dem durchschnittlichen Quantum an Selbstbeherrschung eine Woche in wahrer Verzweiflung verbringt, weil sie eine für Fakturen eingerichtete Schreibmaschine statt ihrer gewohnten Brief-Schreibmaschine benutzen muß. Die Verlegung des Wasserfühlers vom Bürozimmer in den Packraum kann zu einem epochalen Ereignis für eine Stenotypistin werden, die anjehinend keine andere Daseinsberechtigung hat, als über einer klappernden Schreibmaschine zu sitzen; die kein Heim, keine Familie, keine Gefühle zu haben scheint; für die der Besitz einer V-förmig ausgechnittenen Bluse scheinbar einen vollen Erfolg für allen Stolz und alle Wunder der Welt und das wechselvolle Drama des Lebens bildet. Die Verlegung des Wasserfühlers kann zur Folge haben, daß sie nunmehr beim Personalchef vorbeiziehen muß; daß sie es daher nicht immer wagt, die unglückliche Monotonie der Arbeit zu unterbrechen, um sich ein Glas Wasser zu holen. Und die Folge davon ist, daß sie das Bürodasein aufgibt und unglücklich heiratet.

Ein gewaltiger, vollkommener und größtenteils unniher Kosmos von Büros! Er verausgibt Riesensummen, um Anklindigungen von Bier und Kaugummi und Berufskleidern und Topfreintigern die ganze Landschaft überwuchern zu lassen. Er setzt ganze Armeen in Bewegung, um eine Messingnadel zu verkaufen. Er läßt Schuhe entstehen, die unbequem und abscheulich und wenig dauerhaft sind, und hegt eine wahrhaft rührende Hoffnung, daß alle Frauen die Sache des guten Geschäftes dadurch fördern werden, daß sie diese Schuhe tragen. (Fortsetzung folgt.)

Das Photo erobert die Welt.

Ausstellung des Buchdrucker-Bildungsverbandes.

Die Photographie hat sich auch das Gebiet der Technik erobert. Hier ist sie nicht nur Ausdruck und Wiedergabe des Technischen, nicht nur das Auffuchen ästhetischer Reize von Maschinenkonstruktionen, das Festhalten von Bewegung und Rhythmus eines weltverändernden Stoffes, sie dringt auch in den besonderen Aufgabenkreis der Technik ein. Indem sie sich gleichsam selbst technisiert, dient sie zur Werbung auf Prospekten, wird sie ein wichtiges Verbindungsglied zwischen dem technischen Kaufmann und seinen Kunden.

Insbesondere bei der Drucksache und beim Buch, also im graphischen Gewerbe, ist sie ein wichtiges Behelfsmittel zum künstlerischen Ausdruck. Die Titelseite einer Zeitschrift, das Reklameflat, die Illustration im Buch selbst spricht heute durch das Photo oft mehr als eine geschickte Zeichnung. Der Bildungsverband deutscher Buchdrucker hat sich die Aufgabe gestellt, seine Mitglieder auch in diesen Zweig des Gewerbes einzuführen. Es handelt sich nicht nur darum, den Amateurrphotographen zur Erreichung einer guten Aufnahme zu schulen, er muß auch den weiteren Werdegang des Photos zum Druckbild kennen und laubend drucken lernen. Die Photogruppe Frankfurt a. M., die seit vier Winterhalbjahren Kurse unterhält, stellt im Buchgewerbe das Verbandshaus, Dreibundstraße 5, eine solche Kollektion Photo-Werbedrucke aus.

Wir begegnen dem Photo im Inserat, Katalog, Prospekt, in der technischen Zeitschrift oder in starker Vergrößerung auf dem Plakat. Immer ist es eine sachlich richtig gesehene und praktisch angewandte Placierung, die das Photo entweder als Hauptmotiv vor der Schrift oder als Hintergrund erscheinen läßt. Oft hat das Photo nur den Charakter einer Marke oder eines Signets und bildet eine vorteilhafte Ergänzung und den Gegenpart zur weichen oder farbigen Fläche. Sehr gelungene Vorlagen geben die Titelblätter der Zeitschrift „Graphischer Betrieb“. Auch einige Bücher mit Photos als Illustrationen zeigen neue Wege und Ideen auf. Hier fällt ins Auge, wie das Bild den drucktechnischen Rahmen zu sprengen versucht und über den Druckrand bis zum Schnitt hinausgreift, gleichsam eine nähere Verbindung mit dem Leser suchend. Die außerordentlich lehrreiche Ausstellung, die auch dem Arbeiteramateurr viel Neues und Interessantes zu bieten hat, ist bis zum 12. Juli von 9 bis 18 Uhr, Sonnabends von 9 bis 13 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet. Sonntags ist die Ausstellung geschlossen.

Der Verkehrsunfall am Kleinen Stern.

Neun Monate Gefängnis für einen Kraftdroschkenführer.

Dem Kraftdroschkenführer Geyer, der sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu verantworten hatte, machte die Anklage den schweren Vorwurf, daß seine große Fahrlässigkeit, durch die er das schwere Verkehrsunfall am Kleinen Stern verursacht hatte, fast an Verjahrgrenze.

In der Nacht des 3. Januar hielt eine Kraftdroschke in der Bellevue-Allee dicht am Kleinen Stern hart an der Bordsteinkante. Der Führer des Wagens, Wilhelm Korilla, war dabei, das hintere Hinterrad auszumecheln und arbeitete mit dem Wagnenbeder. Um dieselbe Zeit kam der Angeklagte mit seinem Kraftwagen in der gleichen Richtung angefahren und fuhr auf die haltende Droschke auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der haltende Wagen gegen einen Baum geschleudert und vorn vollständig eingestürzt wurde. Auch die aufzufahrende Droschke wurde am Vorderwagen vollkommen zertrümmert. Korilla wurde zwischen den beiden Droschken zu Tode gequetscht. Auch zwei Insassen der haltenden Kraftdroschke erlitten erhebliche Verletzungen. Der Angeklagte Geyer behauptete, daß das Schicksal der haltenden Droschke nicht zu sehen gewesen sei. Dieser Behauptung widersprechen aber die Zeugen. Der Wagen hatte überdies zwischen zwei Straßentaternen gestanden und mußte aus erheblicher Entfernung gesehen werden. Der Staatsanwalt hatte nur drei Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht ging aber über diesen Strafantrag weit hinaus und verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis, wobei ihm für vier Monate der Reststrafe Bewährungsfrist bewilligt wurde. Das Gericht hielt eine strenge Strafe für notwendig, weil der Angeklagte grob fahrlässig gehandelt habe.

Karl Ladners Heimgang.

Am 28. Juni 1930 verstarb nach kurzem Krankenlager unser Genosse Karl Ladner im 71. Lebensjahre. Mit ihm ist wieder einer aus der alten Garde der sozialistischen Arbeiterbewegung von uns geschieden. Karl Ladner wurde am 11. Oktober 1859 als Sohn eines Maschinenbauers in Berlin geboren. Er ist in rein proletarischen Verhältnissen aufgewachsen. Schon in den achtziger Jahren hat er sich der sozialistischen Arbeiterbewegung angeschlossen. Zuerst auf dem äußersten linken Flügel der Arbeiterbewegung tätig, ist er am 1. 2. 1892 in die Sozialdemokratische Partei eingetreten und der Partei bis zu seinem Tode ein unermüdeter und treuer Mitarbeiter gewesen. Sein hauptsächlichstes Tätigkeitsgebiet war Lege. Aber nicht nur in der Partei war der Verstorbenen tätig, sondern in gleicher Weise auch in der Gewerkschaftsbewegung. Er hat im Jahre 1897 die Verwaltungsstelle des Verbandes der Kupferschmiede mitbegründet und ist in dieser Verwaltungsstelle 43 Jahre ununterbrochen als ehrenamtlicher Funktionär tätig gewesen. Seit 25 Jahren gehörte er mit kurzer Unterbrechung dem Zentralvorstand des Verbandes der Kupferschmiede an. Nun hat der Tod diesem selten arbeitsreichen Leben ein Ziel gesetzt. Partei und Gewerkschaft senken in Trauer das rote Banner vor diesem schlachten und doch großen Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse.

Ins Loch mit dem Kerl!

Man schreibt uns:

Zustände, die allzusehr an die „gute alte Zeit“ gemahnen, herrschen auch heute noch bei der Reichswehr. Der Reichswehrangehörige P., Familienvater mit Frau und drei kleinen Kindern — das vierte ist in wenigen Wochen zu erwarten — sah sich nach einer Zivildienststellung um und reichte, als er eine Beschäftigung in Aussicht hatte, seine Entlassung aus dem Heeresdienst ein. Zum 1. April 1930 sollte die Entlassung erfolgen, wird aber von dem Vorgesetzten des Mannes unausgesehen hinausgeschoben. Am 30. Juni sollte der Mann die Stellung, die eine bedeutende Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage mit sich bringen würde, antreten, doch hat er bis heute seine Entlassung, die bereits durchgeführt war, nicht erhalten können. Seine hochschwangere Frau wird infolge der Aufregungen schwer krank, und der Mann mußte, da niemand

Dreißig junge Menschen vor Gericht.

Insgesamt 53 Einbrüche werden ihnen zur Last gelegt.

Ein früher Film jugendlicher Verwahrlosung rollt sich seit Dienstag morgen im großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichtsgebäudes vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ab. Auf der Anklagebank sitzen 23 junge Menschen, in der Hauptkategorie im Alter von 19 bis 23 Jahren, darunter 2 Fürsorgezöglinge; der größte Teil der Angeklagten ist bereits vorbestraft, einer bereits vielfach. Sie haben vom 1. Januar bis Ende Februar etwa 53 Schaufenster-Einbrüche begangen. Ein Teil der Angeklagten hat die sogenannte „Baudlag“ — Berliner Automobil- und Diebstahls-K.G. — gegründet. Die Angehörigen der Baudlag stahlen in den Berliner Straßen Autos, machten darin Abstecker in die Provinz, schlugen auch dort Schaufenster ein und stahlen. Sie sind bereits in Eberswalde abgeurteilt.

„Generalsquartier“ der Bande war eine Kneipe in der Ritterstraße. Hier lernten die jungen Leute einander kennen, hier wurden Pläne geschmiedet und auch, wenigstens zum Teil, die Beute verschärft. Oft waren es mehrere Fenster-Einbrüche in einer Nacht. Kein Gewerbe blieb verschont: Bäckereien, Lebensmittel- und Buttergeschäfte, Kolonialwarenhändler, Zigarrenläden, Installations-, Konfektions-, Fleischwaren-, Motorrad- und Lederwarengeschäfte, Musikalienhandlungen usw. bühnten Schaufenster und Waren ein.

Die Gesamtbeute von 53 Einbrüchen machte etwa im Laufe von 2 Monaten 6500 Mark aus.

Rechnet man nun aber 8 Einbrüche mit einer Beute von je über 250 M. ab, so haben 45 Einbrüche die Gesamtsumme von rund 2500 M. eingebracht, also 60 M. pro Einbruch. Pro Kapsel kamen im Laufe von 2 Monaten 300 M. Des-Größen beim Verschärfen der „Sore“ ist noch weit geringer gewesen. Es wurde aber gar nicht alles verschärft. Schokolade, Käse, Wurst, Brot, Delfardinen, Liköre wurden einfach verjährt.

Den Lebenslauf der einzelnen jungen Leute — unter den Angeklagten befindet sich nur eine Frau — wird man erst im Laufe der Verhandlung erfahren. Die Vertreter des Jugendamtes, die der Verhandlung beimohnen, haben über einige der Angeklagten ausführliche Erkundigungen eingezogen; manche von ihnen sind bereits beim Jugendamt seit langem bekannt. Es sind aber nicht nur Berliner, die sich in der Bande zusammengefunden haben, sondern auch Burschen aus anderen Städten Deutschlands; aus Königshütte und Hameln, aus Oberhagen und Wülheim, aus Breslau, Hannover und Altona.

im Hause und bei den Kindern ist, zu Hause nach dem rechten sehen und sich vom Dienst beurlauben; trotzdem der Mann seinem Urlaubsgesuch das Attest des Arztes über den Zustand seiner Frau beifügte, ward er den nächsten Tag zur Dienststelle befohlen, wo ihm mitgeteilt ward, daß er „wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe“ mit sieben Tagen strengen Arrest bestraft würde und die Strafe sofort anzutreten hätte. Es war das zweifelhafte, daß der Mann wegen entschuldigter Fortbleibens infolge Krankheit seiner Frau mit Arrest bestraft wurde. O welche Lust Soldat zu sein!

Sozialistischer Esperanto-Bund.

Kommunisten zerstörten den Arbeiter- Esperanto-Bund.

Durch die Beschlüsse des Arbeiter- Esperanto-Bundes auf dem letzten Bundestage in Essen war eine Stellungnahme der sozialdemokratischen Genossen notwendig geworden. Der AEB war völlig ins kommunistische Fahrwasser geraten, eine Abwehr der SPD-Genossen mußte einsehen.

Die Berliner „Freie Arbeiter- Esperanto- Vereinigung“ hatte deshalb zu Pfingsten zu einer Reichskonferenz Sozialdemokratischer Esperantisten eingeladen. 15 Gruppen waren vertreten, eine Reihe weiterer Gruppen konnte keine Vertreter entsenden, machte aber ihr weiteres Verhalten von den Beschlüssen der Konferenz abhängig. Genosse Sprock, Berlin, gab den Bericht. Wegen einer Stimme wurde sodann die Gründung des „Sozialistischen Esperanto-Bundes“ beschlossen. Sitz des neuen Bundes ist Frankfurt am Main, Vorsitzender Ludwig Puff, Redaktion A. Sprock, Berlin. Vorläufig wird für die Mitglieder des SEB, die Zeitung der österreichischen Genossen „La Socialisto“ mit einer Beilage für die Bundesgruppen geliefert. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Angeichts der Beschlüsse des 8. Bundestages des Arbeiter- Esperanto-Bundes in Essen (Ostern 1930) ist kein Zweifel mehr möglich an der Tatsache, daß der Arbeiter- Esperanto-Bund kommunistisch geworden ist, trotz der warnenden Vorzeichen wurde von den Kommunisten alles getan, um eine friedliche Zusammenarbeit — eine rein kulturelle Tätigkeit — im Bunde unmöglich zu machen. Es wurde eine von den Sozialdemokraten beantragte Statutenänderung abgelehnt, die das Bestehen mehrerer Gruppen an einem Ort zulassen sollte. Weiser schloß sich der Bund der IFA an, damit dokumentierend, daß er gewillt ist, sich in seiner weiteren Tätigkeit auf die kommunistischen Organisationen zu stützen. Diese Anlehnung an die IFA hat ganz natürlich eine Abkehr von allen sozialdemokratischen und mit der 2. Internationale (Amsterdam) sympathisierenden Organisationen zur Folge. Die Stellung der sozialdemokratischen Esperantisten ist damit gegeben. Es bleibt nur die Bildung einer neuen Organisation sozialdemokratischer Esperantisten.

Wir fordern die sozialdemokratischen Genossen im Arbeiter- Esperanto-Bund auf, unverzüglich den Bund zu verlassen, zur Bildung von sozialdemokratischen Gruppen zu schreiben und sich dem Sozialistischen Esperanto-Bund anzuschließen. Alles Nähere durch die Geschäftsstelle Ludwig Puff, Frankfurt a. M., Brounshelm, Heerstraße 85.

Sommerfest des „Sturmvogels“.

Der „Sturmvogel“, Flugverband der Werkstätigen, veranstaltete Ende voriger Woche in den Gesamträumen des „Map“ ein Gartenfest, das einen alle Besucher vollaus befriedigenden Verlauf nahm. Der Nachmittag gehörte vorwiegend den Kindern. Da war Onkel Pelle, da gab es ein Kaspertheater, da waren alle die Dinge zu sehen, an denen die Kleinen Freude haben. Das Abendprogramm wurde von guten Kräften aus der „Stala“ und dem „Wintergarten“ bestritten. Die Jugend tanzte unentwegt, tanzte im Freien und in den Sälen, tanzte während des Feuerwerks und schwang noch das Tanzbein, als ein Glücklichler den Hauptgewinn aus der Tombola, ein Motorrad, feuchend nach Hause schob.

In welcher Weise die jungen Leute in die Bande hinein- gekommen sind, hörte man z. B. vom ersten Angeklagten Müller. Er stammt aus Oberhagen und

kam nach Berlin, weil es hier, wie er sagt, viel Mädels gibt.

Die bayerischen Mädels konnten ihm nicht gefallen. In der Ritter- kneipe waren Mädels, Musik und Bier. Sein Geld war bald alle. Einige Burschen machten ihm den Vorschlag, mit ihm zu gehen; er tat's auch, schlug bald hier, bald dort ein Fenster ein, immer in derselben Weise mit der behandschuhnten Faust. In der Provinz machte die „Baudlag“ es anders; sie ließ in der Regel den Rotor des Autos laufen und schlug unter dem Schutze des Geräusches die Fensterscheiben ein. In Berlin bediente man sich mitunter eines Glassteiners.

Die Verhandlung kommt nur langsam vorwärts, da jeder Fall der Diebstahle einzeln besprochen werden muß.

Eine Bluttat aufgeklärt.

Der Täter aus der Mansteinstraße festgenommen.

Der Kriminalpolizei ist es gestern nachmittag gelungen, die nächtliche Bluttat in der Mansteinstraße reiflos aufzuklären und den Täter, einen 28jährigen Feiler Wilhelm Rudek, der in der Culmstraße beschäftigt war, festzunehmen. Rudek ist in vollem Umfange geständig.

Wie berichtet, wurde in der Nacht vom vergangenen Samstag zum Sonntag in der Lüneburger des Hauses Mansteinstraße 12 der 27jährige Schlosser Arthur Knispel aus der Neuen Culm- straße 5a mit einem Stich hinter dem Ohr von Passanten sterbend aufgefunden. In sämtlichen Lokalen der Umgebung wurde darauf von Kriminalbeamten Umfrage gehalten, und dabei kamen die Beamten auf die Spur des Täters. Rudek hatte in einer Gastwirt- schaft mit mehreren Gästen Streit angefangen, wurde verprügelt und hinausgeworfen. Auf Grund der Personalbeschreibung wurde Rudek dann ermittelt, und unter der Last des gegen ihn vorge- tragenen Beweismaterials gab er zu, Knispel niedergeschlagen zu haben. Er habe Knispel, der ruhig seines Weges ging, ohne jeden Grund gerempelt, sei auf ihn eingebrungen und habe dann, als das unschuldige Opfer seiner Rachgier bewußtlos am Boden lag, seinen Weg fortgesetzt. Der Röhling wird im Laufe des Tages dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Der „Sturmvogel“, der am 10. August einen Modellflugzeug- wettbewerb veranstaltet, wird auch am diesjährigen Verfassungstage Tausenden von Berlinern die Möglichkeit bieten, Rundflüge zu er- mäßigten Preisen zu unternehmen.

Nächtliches Großfeuer!

Radiofabrik ausgebrannt.

In der vergangenen Nacht wurde die Feuerweh nach der Gitschiner Straße 63 alarmiert, wo in den Räumen der Radiotelefabrik der Firma Hugo Schiemann Feuer ausgebrochen war. Vier Löschzüge waren mit der Bekämpfung des Feuers stundenlang angestrengt beschäftigt.

Die Wertstätten der Radiofabrik liegen im zweiten Stockwerk des zweiten Fabrikgebäudes. Gegen 2 Uhr zerprangen plötz- lich lautstark die Fensterscheiben und lange Flammengarben schlugen heraus. Das Feuer muß lange Zeit unbemerkt geschweht haben, denn als die Feuerwehr anrückte, hatten sich die Flammen bereits über mehrere Räume ausgebreitet. Das Feuer fand an leicht brennbaren Materialien, die in großen Mengen dort lagerten, viel Nahrung. Trotz starken Wassereinsatzes aus fünf Schlauchleitungen konnte nicht verhindert werden, daß die Flammen auch noch auf die im 1. Stockwerk gelegene Berliner Zünd- kerzenfabrik übergriff und hier ebenfalls erheblichen Schaden anrichtete. Gegen 4 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt und die Aufräumungsarbeiten konnten vorgenommen werden.

Von der Kriminalpolizei sind inzwischen die Ermitt- lungen über die Entstehungursache eingeleitet worden.

Großfeuer am Schöneberger Stadtpark.

Durch ein Großfeuer wurde in den gestrigen späten Abendstunden der Dachstuhl des Eckhauses Martin-Luther-Straße 41, das gegenüber dem Schöneberger Stadtpark liegt, völlig zer- stört. Der Löschangriff erfolgte über vier mechanische Leitern, wobei aus sieben Schlauchleitungen Wasser gegeben wurde. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis lange nach Mitternacht.

Das 47. Opfer in Lübeck.

In der Nacht zum Dienstag ist in Lübeck das 47. Calmette- Opfer gestorben. Außerdem werden fünf Neuerkran- kungen gemeldet.

Rektoratsübergabe an der Technischen Hochschule. Im großen Ehrenhof der Technischen Hochschule Charlottenburg fand am Dien- stag nachmittag die Feier der Rektoratsübergabe statt. Der scheidende Rektor, Prof. Dr. Drewes, überreichte dem neuen Rektor, Prof. Dr. Krenker, die goldene Amtsstelle. Professor Krenker erwiderte mit Dankesworten an seinen Amtsvorgänger und ermahnte die Studentenschaft, die akademische Freiheit nicht zu mißbrauchen und in parteipolitischen Fragen Toleranz zu üben. Dann gab er ein Referat über das Thema „Baukunst“. Er beschäftigte sich hierbei besonders mit den Beziehungen von Natur, Zweck und Kunstform zur Baukunst.

Keine Wiederaufnahme des Prozesses Friedländer. Manasse Friedländer wird auch weiterhin in der Irrenanstalt Herzberge bleiben. Es ist also vorläufig nicht mit einer Ber- handlung im Wiederaufnahmeverfahren zu rechnen, da die Ärzte ihn für verhandlungsunfähig halten.

Schöne weiße Zähne. Auch ich möchte nicht verschlen, Ihnen meine geübte Anerkennung und volle Zustimmung über die „Chlorodont- Zahnpaste“ zu übermitteln. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und ich werde ob meiner schönen weißen Zähne oft beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont- Zahnpaste“ erreicht habe.“ C. Reichelt, Schwerg, Amt Nienberg, Saalkreis. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 Mt., Zahnbürsten, Mundwasser 1 Mt. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont- Verkaufsstellen zu haben.

Joseph Roth: Die Silberfuchsfarm

Man zeigte im Kino eine Silberfuchsfarm in den Bergen Oesterreichs. Ich erfuhr, daß die Silberfüchse, die in Alaska zu Hause sind, in haltbaren Riffen verpackt, nach Oesterreich geschickt werden und daß sie im Klima und im Panorama der Alpenwelt ihr heimatliches Alaska wiederzufinden glauben. (Auch die Schlawheit der Füchse hat ihre Grenzen.) Ich sah, wie man die Tiere in dem kleinen Bahnhof eines Bergorts auslud, auf einen Wagen legte und in die Farm brachte. Hier packte ein braver Mann einen Silberfuchs nach dem anderen aus. Er zog die Tiere dermaßen ans Tageslicht, daß sie mit den Köpfen nach unten hingen, vollkommen wehrlos waren und nicht einmal „ja“ sagen konnten. Dann ließ er sie in bühnen im Alpenschnee herumlaufen. Hinter feinstreifigen Drahtgittern standen die soliden hölzernen Häuschen, deren Innenarchitektur einem Silberfuchsbau genau nachgebildet war, so daß die Füchse glauben mußten, sie hätten ihre neuen Wohnräume selber gebaut. In einer Küche (die eigentlich keine Küche war, weil in ihr nichts gekocht, sondern nur rohes Fleisch zubereitet wurde, in einer Rohküche also) hatte ein Mann fleißig Klumpchen rohen Fleisches, eine Art Naturischnigel für die Silberfüchse. Dann schob man die Portionen in sauberen Blechgeschirren den Füchsen zu. Aus einem verborgenen Fenster beobachtete ein Mann mit einem Operngucker das Leben und Treiben der Tiere, die nicht erfahren durften, daß sie beobachtet werden. Sonst wäre nämlich ihr Gewebe an Alaska dahin gewesen. Ein Tierarzt (oder ein Chemiker) untersuchte die Ausscheidungen der Silberfüchse. Entdeckte er Spulwürmer (oder andere), so unterzog er den kranken Fuchs einer radikalen Behandlung. Durch Tätowierungen wurden die Füchse als Eigentum der Farm für alle Zeiten gekennzeichnet. Die Tätowierung sah so aus: der Fuchs wurde ebenso gehalten wie bei der Ankunft, die Schnauze nach unten. Dann mit einem schnellen Wurf auf den Tisch gelegt und an allen Bieren festgehalten. Hierauf band der Tierarzt um den Unterkiefer des Tieres ein weißes Bändchen, daß die Zunge festhielt und hinunterdrückte. Jetzt schon war der Fuchs wehrlos. Nach wehrloser wurde er, als die Enden des weißen Bändchens um seine Schnauze in einer tadellosen Schleife verflochten wurden. Nun lag er auf dem Tisch, sah mit hilflosen Augen, wie der Arzt die Zunge ergriff und dem Ohr näherte. Den Rest konnte das Tier nicht mehr sehen, nur fühlen. Wehrlich wie ein Schaffner eine Fahrkarte durchschlägt, zwickte der Arzt das Ohrfläppchen des Tieres. Schon war es tätowiert. Es trug das Monogramm des Farmbesizers im Ohrfläppchen, ähnlich wie manche der Damen, für die ja die ganze Farm eigentlich bestand, ihre Ohrringe tragen mochten.

Schließlich wurde das Tier getötet. Das zeigte der Film nicht. Im Text nur wurde verächtlich, daß die Füchse schnell und schmerzlos getötet werden, damit... damit der Pelz nicht Schaden leide. Man sah erst wieder die Entpelzung der Kadaver. Ein solide gebauter Mann mit dem Aspekt eines Jägers löste mit der kleinen Klinge seines großen Taschenmessers den Pelz sehr vorsichtig, vom

Schweif zuerst, vom äußerten Ende des Schmeißs. Dann stülpte er das Fell um, mit behutsamen Fingerzügen, so daß das Skelett sichtbar wurde, die dürre armselige Verlängerung der Wirbelsäule, die an eine nackte winterliche Extremität erinnerte. Hierauf begann die Herstellung jener roten Silberfüchse, die unsere lebendigen Frauen um ihre meist schönen Schultern zu legen gemöhnt sind. Ja, man zeigte zum Schluß den sogenannten „Detailverkauf“ beim Kürschner und eine wirklich hübsche Käuferin dazu. Nicht unermahnt soll ferner die Tatsache sein, daß der Herr, der die Letzte zu diesem Silberfuchsfilm verpackte, sich in wohlgeählten Worten auszudrücken verstand. Er machte sogar von seiner poetischen Veranlagung Gebrauch und darauf aufmerksam, daß der Pelz der Silberfüchse das Dunkel der Nächte von Alaska mit dem Silberglanz der Seen von Alaska zu verbinden imstande sei.

Nun, es war ein Samstagabend und das Kino gut besucht. Obwohl ich die Leute ringsum nicht sehen konnte, war ich doch überzeugt, daß die Silberfüchse schöner, heiterer, angenehmer waren, als die Besucher des Kinos und daß unter diesen sich wohl der und jener befinden mochte, dem ich so eine Tätowierung mit einem weißen Bändchen um die Schnauze gegönnt hätte. Aber da war nichts zu machen. Die Silberfüchse schätzen das Fell der Menschen nicht, und selbst wenn sie es täten, sie wären nicht imstande, Boas aus Menschenhäuten herzustellen und zu tragen, geschweige denn, eine Menschenfarm einzurichten. Und man konnte auch sonst nichts gegen eine Tötung der Silberfüchse einwenden. Das Leben ist hart, die Frauen müssen Füchse tragen, die Jäger in Alaska müssen leben, die Farmer müssen leben. Ja, ich konnte mir sogar eine Situation vorstellen, in der ich aus purer Verliebtheit imstande wäre, einen Silberfuchs tüchtig großzuziehen, um ihn dann zu erschließen und sein Fell der geliebten Frau zu schenken. So ist es nun in der Welt. Wir müssen töten, nicht nur um zu essen, sondern auch, um unsere Frauen zu schmücken. Die Jäger schießen tagaus, tagein in den Wäldern, Krieg ist in der Welt, und es wäre, da wir doch wichtigere und aktuellere Sorgen haben, eine banale Sentimentalität, uns wegen der Silberfüchse aufzuregen. Ja, es wäre ein Gemütskuriosum, genau so wie der Silberfuchs ein Mordeluxus ist! — Und dennoch: wüßte ich gerne, warum mich die herbe Spannung, mit der die Zuschauer in Kino das Leben und Sterben, die Fürsorge und die Marder, die Ernährung und die Tätowierung, die Ankunft der Tiere und ihren Detailverkauf verfolgten, eigentlich empört hat. Ich erhebe, um ganz gerecht zu sein, sogar den Farmer zu einem Rohführer der Menschheit und schrieb ihm das Verdienst zu, die teuren Silberfüchse für die Frauen auch minderbemittelter Männer erschwinglich gemacht zu haben. Glücklich Herzensbünde kamen sogar vielleicht durch die mittelbare Hilfe jener Farm zustande. Auch war ich nicht so roh, etwa das Leben eines Silberfuchses höher einzuschätzen als den Wunsch einer auch nur relativ hübschen Frau. Und dennoch! ist die Solidarität, die ich für die Silberfüchse empfand, eine Tatsache. Ich schäme mich ihrer. Aber ich kann sie nicht leugnen.

Kurt Rudolf Neubert: Monolog im Sarge

Ständchens! Ein junger Mann und ein junges Mädchen sitzen auf meiner Grabbank. Ich kenne sie nicht. Es ist ein Liebespaar. Ständchens!

Ich bin peinlich berührt, wenn die Friedhofsarbeiter hier in der Nähe Frühstückspause machen und ihre lauten Unterhaltungen führen über Löhnerhöhungen, Hochzeiten, Kindtaufen und neue Beerdigungen. Eine Qual aber ist es, wenn Berta mit Blumen kommt. Ich wache jedesmal auf, wenn Berta kommt. Es ist vielleicht eine Angewohnheit aus meinen Begehren. Man gewöhnt sich so etwas schließlich an. Zum Beispiel auch die etwas übertriebene Angst vor Enttäuschungen. Wie oft habe ich Berta angefahren, wenn ich am Schreibtisch saß und sie plötzlich alle Fenster und Türen aufriß. „Frische Luft!“ sagte sie, „man kann ja hier ersticken im Tabaksqualm.“ Auch jetzt überläßt mich jämmerlich ein Frösteln, es ist sehr kühl hier unten, eine dumpfe Kühle, und wenn Berta oben steht, möchte ich sie am liebsten um meine alten, warmen Hauschuhe bitten, die samstags ungebraucht herumliegen, wenn sie Berta nicht einen Bettler geschenkt hat. Aber es gibt für einen Toten leider keine Verständigungsmöglichkeit. Und bei ihr im Schloßzimmer als Geist erscheinen, mit Ketten rasselnd, durch den Schornstein fahren und so weiter, das lehne ich als moderner, aufgeklärter Mensch, der ich war, prinzipiell ab. Auch ein Bild von der Wand fallen lassen oder die Zeiger der Uhr anhalten, nein, das kommt ebensowenig in Frage.

In Nächten wie heute ist es doppelt peinlich, aus dem Schlaf gerissen zu werden. Diese Naderächte mit Sternenglanz und fernem Grammophonklängen, hatten es mir von jeher angetan. Und jetzt hier liegen als Later! Und oben auf meiner Grabbank, die Berta anfertigen ließ, sitzen zwei junge Leute und lässeln sich. Ich könnte aus der Haut fahren. Aber das ist noch eine Gewohnheit aus meinen Begehren. Ich habe keine Haut mehr, da ich schon zwei Jahre tot bin. Zwei Jahre schon steht mein Bett in Bertas Schlafzimmer leer. Dieses Bett, das die Geschichte meiner nicht immer ruhigen Ehe in Ruhbaum aufbewahrt, dieses Bett, nein, ich denke diesen Gedanken nicht zu Ende.

Ich denke mir, das Bertas Hand in manchen Nächten, in Nächten wie heute, mit Sternenglanz und fernem Grammophonklängen, über die leeren Rissen streicht, und daß im nächsten Jahr ein Herr Sowiolo in dieses Bett steigt, als zweiter Mann meiner guten Berta. So ist das Leben, und ich verzeihe ihr.

Redet nicht solch dummes Zeug, ihr jungen Leute da oben, solch dummes Zeug von ewiger Liebe und Treue. Und ich möchte Sie bitten, Sie pietätvoller junger Mann, die linke Fußspitze nicht so an mein frisch befeuchtetes Grab wippen zu lassen, was denken Sie sich eigentlich? Und nehmen Sie gewälligst den Hut ab, ich bin es nicht gewöhnt, daß Leute, die an mein Grab treten, den Hut auf dem Kopf behalten. Sie Flegel!

Wir ist es als junger Mann zwar auch mal eingelassen, mit meiner Freundin auf den Friedhof zu gehen und tiefe Gespräche über Leben und Sterben zu führen. „Ach fürchte mich so...“ lächelte sie, wenn der Wind in den Bäumen rauschte und im Mondschein die Grabkreuze funkelten. Und wir haben uns auch geküßt, weil Küsse auf dem Friedhof von besonderem Reiz sind, aber die linke Fußspitze habe ich niemals gegen einen Grabhügel wippen lassen, auch nicht aus Versehen. Sie pietätvoller junger Mann auf meiner Grabbank!

Ich möchte Berta doch bitten, die Bank nicht so nah an mein Grab zu stellen oder sie überhaupt fortzunehmen. Ich wünsche keine Besuche. Auch Berta könnte sie ruhig einstellen. Es ist peinlich. Totsein ist peinlich. Aus vielen Gründen: man wird bemitleidet! Man wird betrogen! Man wird zuletzt gar nicht mehr vermisst.

Und ich muß mich jedesmal im Grabe umdrehen, wenn Berta wieder geht... Ich bemerke auch mit Entsetzen, daß von mir immer weniger übrig bleibt. Nur mein Geist ist noch lebendig in diesem dumpfen Grabe. Mein Geist wird vielleicht einmal Berta erscheinen,

Erna Büsing: Zirkusstall

Der Zirkusstall ist stets voller Leben, voll streng bewachten Eigentums. Ob morgens, ob nachts, immer betrachten die ängstlich aufmerksamen Augen der Stallwache die Tiere, ob nachmittags oder mittags, dauernd ist man in Vorbereitung für die Vorstellung. Abends aber, wenn der schwere Vorhang den Zuschauern den Blick in den Stall verwehrt und Fegen von Mist, Lachen und Beifallsstößen abgerissen in den Stall dringen und an das Ohr der Wartenden schlagen, dann durchströmt den Zirkusstall buntestes, vollglühendes Leben.

Da ist Titine, die Schöpferhündin. Sie ist sonst eine gute, vielbewunderte Springerin, aber jetzt hat sie Ruhe, denn sie ist augenblicklich Mutter von sechs munteren Jungen. Die Welpen winkeln, schreien, heulen, tun alles, um feineren Menschen zur Verzweiflung zu bringen und um sich selbst und der ganzen näheren und weiteren Umgebung zu verunsichern, daß sie, — sechs junge Schöpferhunde, — existieren. Titine ist eine fürsorgliche Mutter jedoch wenn die Abendvorstellung näherückt, stromet die Hündin durch den Stall. Sie hat regelrechtes Auftrittsfever. Und sobald sie dann von irgendwoher die Welpen winkeln hört, wird sie besorgt und böse zugleich und beißt. Doch sperrt keiner Titine ein, dazu sind Zirkusleute zu tierlieb.

Titine selbst stellt sich dem dicken Schimmel direkt zwischen die Beine. Doch der Schimmel tut der Hundemutter nichts. Der Schimmel ist das brave, unabänderlich gleichmäßig galoppierende Pferd der Stiehdreitlergruppe. Sieben Räder, — deren vierfache Füße in dicken Holzspanntinen stecken, damit kein häßliches Stroh an den garten Schuhen kleben bleibt, — umschweben den Schimmel. In der Manege trägt er sie alle sieben, sie sitzen auf ihm, sie stehen auf ihm, sie springen auf ihm; immer geht er gleichmäßig seinen Galopp. Sieben Räder umringen den Schimmel. Wirklich, es sind sieben Räder, und teils von ihnen trinkt süßen Kaffee, weil immer, wenn gerade im Restaurant der Kaffee gereicht wird, ein jedes an den Schimmel denkt. Sie meinen, sie täten Unrecht, wenn sie die beiden beigegebenen Stüchchen Zucker nicht für den braven Gaul reservieren. Der frist den Zucker pfundweise, was bisher, entgegen tierärztlicher Warnung, weder seinen Zähnen noch seinem Magen geschadet hat. Der Schimmel wird noch einmal liebtollend geklopft, eine weiße Wolke entfährt seinem Fell, das gut mit Kolophonium eingeklemt ist, damit die kleinen Füße sich sicher auf ihm halten können. Die Pantoffel werden geschwind weggerissen. Der Schimmel rückt vor, die Nummer ist drin und mit seiner jugendfrischen Maneschtracht trottel er gutmütig in die Manege.

Wo eben noch der Schimmel wartend stand, stehen jetzt Luft-

harner. Sie arbeiten, sie arbeiten schwer; denn sie müssen warm sein, bevor sie unter die Zirkustuppel gehen. Haben sie nicht vorher warme Muskeln und ihren Körper in ganzer Beherrschung, so bekommen sie bei der Manegearbeit einen Krampf in dem Arm oder in den Beinen und die laubere Durchführung der Nummer, sowie das eigene Leben sind gefährdet.

Ein Löwe sieht aufmerksam den Luftturnern zu. Und da ein anderer Löwe, müde und verschlafen hochkommt und auch nach dem Rechten sehen will, spielt der große Löwe seinem jüngeren Kollegen gegenüber den Kanakier. Er legt ihm die Brause breit und wuschend auf den Kopf und duckt ihn nieder, was heißen soll: „Rege dich bitte nicht auf, ich sehe bereits nach dem Rechten.“ Heute ist er noch der gute Freund, morgen ist er vielleicht der Lobfeind seines Spielkameraden. Vom müden Ansehen kommt es dann zur Beißerei und womöglich zur Tötung. Ist aber ein Spielgenosse erst totgebissen, dann wird er auch angegriffen, bis dumme Menschen kommen und diesem eigenartigen Bergnügen ein Ende machen. Raubtiere bleiben eben immer Raubtiere, sie kennen keine Gefühlsduselei.

Am gebührend vom Löwenmogen entfernten Zebrafell steht eine nervöse Stute. Sie ist noch nicht allzu lange in Gefangenschaft und wolle während mehrerer Wochen mit dem Kopf durch die Wand. Doch ihr Dresseur wachte bei ihr. Er schmeichelte, er beruhigte sie, er gab ihr Zucker und alle möglichen Bedarfsbissen. So wurde sie schließlich zahm und jetzt weiß sie, daß man sich der Kopf stoßen kann, und sie respektieren die Wände. Doch der Zebrahengst, der ein paar Bogen weiter steht, gerät andauernd, aus Spielerei, an seinem breiten Lederhalfter. Die Stute erschrickt, macht eine Art Verbeugung, und dem spielerischen Hengst bereitet das Freude, er legt es tatsächlich darauf ab, die Nervöse zu ärgern.

Zwei Walrosse liegen grunzend und prustend in Behaglichkeit, in ihrem Wagen. Auf das bestmögliche schafft dieser natürliche Lebensbedingungen. Darum ist oben an der Decke ein Rohr angebracht, aus dem Wasser auf die Tiere sprudelt. Der Walrossmann nimmt unentwegt ein Sprudelbad nach dem anderen. Die Walrossfrau möchte auch gern unter die Dusche, aber vor dem Käfig steht ein Chinese freundlich lächelnd und der stört den Tierkollek. Er hat der Frau Walross nie etwas getan, doch ärgert sie sich über ihn. Ist ihr, einem Poltier, sein Geruch etwa unangenehm? Was nun auch sein mag, weil sie sich über den lieben Nächsten ärgert, kommt sie zu keinem reinen Lebensgenuß. Ob solche Dummheiten nicht etwas Menschliches an sich haben und übrigens nicht nur bei unglücklichen Walrossen vorkommen?

Im sorgfältig aufgeschichteten Stroh liegt ein kleiner, kranker Schellandpony. Die Mutter ist so groß wie ein ausgewachsener deutscher Schäferhund und das Kind ist viel, viel kleiner. Es wurde im Stall geboren, es ist der Liebling aller. Es ward gestreut und liebkost, man spielte und tollte mit ihm. Und abends bei der Parade, da durfte es bereits mit in den Zirkus. Eine riesige Schleife bekam es in die kleine, spürliche Mähne gebunden. Ein Clown führte das Pferd ab; die beiden gingen hinter dem größten Elefanten. Pony sprang vor Freude und verlor die Kontrolle in der Spur des Diablaunters. Das Publikum lachte und Clown und Pony waren frohgelant. Und nun ist Fröschchen krank und liegt im Stroh und schreit nach dem Leben. Es ist doch so schön, dieses tausendfache Leben im Zirkusstall, von dem sich ein bunter Widerschein in den feurig großen Augen des kleinen Ponys spiegelt.

Kasse Zellerström: Wandervogel

Es war mal ein älterer Herr, der einen Himmel für lange Fuß-touren hatte. Er wanderte oft hundertlang mit seinem fünfzehnjährigen Sohn draus in die Wälder.

Eines Tages aber regnete es Bindfäden, und da sagte der Sohn zu seinem Vater, der einen Himmel für Bewegung hatte:

„Heute können wir doch nicht weggehen, Papa?“

„Nein“, sagte der Vater, „heute können wir nicht weggehen. Aber Bewegung müssen wir haben. Wir laufen zu Hause.“

Dann packten sie den Rucksack wie immer, und dann gingen sie an, um den Ehemerichs heranzutouren. Der Junge trug den Rucksack.

Als sie zwei Stunden gelaufen waren, sagte der Vater:

„Jetzt wird uns ein hübsches Frühstück schmecken! Wir wollen uns hier ins Grüne setzen und essen.“

Und dann setzten sie sich auf den Fuchsboden, und der Junge packte das Frühstück aus.

Nüchtern erwiderten sie, daß sie den Kortenzieher vergessen hatten.

„Du mußt nach Hause laufen und den Kortenzieher holen“, sagte der Vater.

Der Junge ging ans Büfett, um den Kortenzieher zu holen.

„Nein, Fremden“, sagte der Vater, „ich habe gesagt, du sollst nach Hause laufen, um den Kortenzieher zu holen!“

Da mußte der Junge zwei Stunden lang zurücklaufen, und unterdessen lag der Alte da und las die Morgenzeitung.

Als der Junge wiederkam, wurde gefrühstückt. Dann ruhten sie sich aus, und dann sagte der Vater:

„Jetzt gehen wir nach Hause.“

„Weißt du was, Papa“, sagte der Junge, „ich bleibe hier, — ich gehe morgen nach Hause.“

Und das tat er auch.

(Aus dem Schmeißchen von Ege Rosenkrantz und Elisabeth Tjeljel.)

Eine Eisenbeinfaktur in Alaska. Ueber eine der ältesten und größten Kulturen der neuen Welt, die sich gerade unter dem Polarkreis auf den Tundren von Nordwestalaska etabliert, sind in letzter Zeit überraschende Einzelheiten bekannt geworden. Die erste Kunde von kunstreich aus Eisenbein geschmittenen Werkzeugen, die unter der gelirten Erde des hohen Nordens gefunden wurden, stammt aus dem Jahre 1926, als ein amerikanischer Anthropologe in Alaska einige prächtige Eisenbeingegenstände fand. Diese Arbeiten, die mit stilisierten Figuren und Ornamenten bedeckt waren, wurden aus den alten Bahnhäusern von Estimas ausgegraben und ihm überbracht. Seitdem sind in den folgenden Jahren große Mengen von Erzeugnissen dieses „Eisenbeinzeitalters“ zusammengebracht worden, aber noch einem Bericht der „Amichau“ ist bisher noch nichts Sicheres über das verschwandene Volk in Erfahrung gebracht worden, das diese Gegenstände geschaffen.

Das weltbekannte Ametika. Der Vorsitzende des IESV. Einwanderungskomitees brachte im Senat einen Gesetzentwurf ein, demzufolge jedes im Flugzeug, Luftschiff oder Unterseeboot geborene Einwandererkind die Nationalität des Vaters besitzen soll.

Der Riesenfinger. Der kleinste Finger der berühmten antiken Statue im Hafen von Rhodos, des sogenannten Koloß, war noch annähernd zwei Meter lang.

Das „Kind der Morresjungfrau“. In den chinesischen Gemälden bei Hongkong lebt ein Fisch, der das Aussehen eines Kindeskopfes hat, mit Augen, Mund, Nase, Ohren und zwei eigenartigen Flossen. Bei den Chinesen ist dieser seltsame Fisch als „Kind der Morresjungfrau“ bekannt, da er Route von sich gibt, die dem Schreien des Kindes ähneln.

Das Ketting ist eine Legierung von Kupfer und Zinn. Es wurde in Deutschland zum ersten Male von dem Nürnberger Erasmus Obener im Jahre 1550 hergestellt.

Neues Recht — alte Unvernunft.

Die Beratungsstelle soll fortleben. — Die neuen Richtlinien.

Das Reichsfinanzministerium hat zum Sonnabend eine Konferenz der Ländervertreter einberufen, in der über die neuen Richtlinien für die Beratungsstelle verhandelt werden soll. Nachdem, was über die neuen Richtlinien bekannt geworden ist, gewinnt man den Eindruck, als ob die schweren Schädigungen des Beschäftigungsgrades der deutschen Wirtschaft, die von der falschen Politik der Unterbindung von öffentlichen Anleihen durch die Beratungsstelle in den vergangenen Jahren ausgegangen sind, noch nicht genügt haben, um das Reichsfinanzministerium zu einer wirklichen Umkehr zu bewegen.

Es verläutet z. B., daß die Kontrolle der Auslandsanleihen der Gemeinden im wesentlichen wie bisher fortgesetzt werden soll. Der einzige Unterschied (der allerdings als ein gewisser Fortschritt anzuerkennen wäre) soll darin liegen, daß der Verwendungszweck und die Dringlichkeit der einzelnen Anleihen künftig von den zuständigen Zentralbehörden der Länder geprüft werden und diese Zentralbehörden bei der Weitergabe der Anträge an die Beratungsstelle zu erklären haben, daß sie die Frage der Zweckmäßigkeit und produktiven Verwendung der Anleihen bejahen.

Die Beratungsstelle selbst soll dann lediglich die Bedingungen der Anleihe

(Höhe der Verzinsung, Emissionskurs usw.) zu prüfen haben. Diese Prüfung der Bedingungen hat sich auch auf kurzfristige Kredite der Kommunen zu erstrecken.

Diese Regelung bedeutet im wesentlichen, daß die Frage, ob es im gegebenen Augenblick nützlich ist, zu bestimmten Bedingungen Auslandskredite aufzunehmen oder nicht, nach wie vor von der Beratungsstelle allein zu entscheiden sein wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch, wenn man damit rechnet, daß die Zentralbehörden der Länder vernünftiger Richtlinien hinsichtlich der Beurteilung der produktiven Verwendung befolgen könnten, als sie früher von der Beratungsstelle unter dem entscheidenden Einfluß des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aufgestellt worden sind.

doch die Beratungsstelle weiter auf dem Wege über die Bedingungenfrage eine zentrale Herrschaft ausüben kann.

An Stelle der Selbstkontrolle, die die Gemeinden in den unter Führung des Städtetages eingerichteten Kreditausschüssen zu üben bereit sind, soll also die Bevormundung durch eine Instanz aufrecht erhalten bleiben, die ihre Unfähigkeit, die Entwicklung des internationalen Kapitalmarktes richtig einzuschätzen, in den vergangenen Jahren nachdrücklich bewiesen hat.

Aber man begnügt sich nicht einmal damit, den bestehenden Kontrollapparat im wesentlichen zu erhalten, sondern man will ihn auch auf die kommunalen Inlandsanleihen ausdehnen.

Hier soll zwar das Genehmigungsrecht bei den Ländern verbleiben. Die Länder ihrerseits aber sollen sich verpflichten, keine Anleihen zu genehmigen, deren Bedingungen den Richtlinien, die die Beratungsstelle von Zeit zu Zeit ihnen bekanntgeben wird, widersprechen. Die Länder sollen auch verpflichtet sein, der Beratungsstelle die ihnen vorliegenden Anleiheanträge mitzutelle und die Beratungsstelle soll das Recht haben, hinsichtlich der Bedingungen Einspruch zu erheben und Abänderungen zu fordern.

Die Tendenz der neuen Richtlinien ist offenbar durch ein gewisses Entgegenkommen in der Form an die zentralen Behörden der Länder, die Kontrolle über die Kapitalbeschaffung der Gemeinden und anderer öffentlicher Selbstverwaltungskörper möglichst fest auszubauen. Das birgt praktisch die Gefahr in sich, daß die für eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft so dringende notwendige Zufuhr von Auslandskapital in der Form langfristiger Kommunalanleihen weiter gehemmt bleiben wird, und daß im besonderen durch einen schwerfälligen bürokratischen Apparat es den Gemeinden unmöglich gemacht werden wird, einen günstigen Augenblick im Verkehr mit ausländischen Kreditgebern auszunutzen.

Die Zusammensetzung der Beratungsstelle

soll nach den Plänen des Reichsfinanzministeriums unverändert bleiben. Wenn diese Pläne verwirklicht würden, so bestünde die einzige Hoffnung darin, daß der Einfluß der Reichsbank nach dem Ausscheiden Dr. Schachts weniger unvernünftig sein wird als früher. Aber auch diese Hoffnung ist sehr ungewiß. Deshalb erwarten wir, daß die Regierungen der Länder sich weigern, diesem Abkommen, das im wesentlichen der ungünstigen Aufrechterhaltung der Hemmungen für die ausländische Kapitaleinfuhr dient und das Sonderrecht für den öffentlichen Kapitalbedarf gegenüber dem privaten Kapitalbedarf vorzuziehen will, ihre Zustimmung verweigern würden.

Das Gehot der Stunde in dieser schweren Krise am Arbeitsmarkt ist nicht eine Aufrechterhaltung und Erweiterung des bürokratischen Hemmungsapparates, sondern die freie Bahn für mögliche Auslandsanleihen der Gemeinden, damit sie durch Konsolidierung der unter dem Druck der Anleihehemmung am weitesten schwebenden Schulden wieder beweglich für eine vernünftige Politik zur Förderung der Arbeitsbeschaffung werden.

Wenn man sich durchaus nicht ganz von der Beratungsstelle trennen will, deren Funktionen an sich durch die Kreditausschüsse der Gemeinden und des Aufsichtsrates der zentralen Behörden der Länder hinreichend erfüllt werden können, so soll man wenigstens die Beratungsstelle zu dem umgestalten, was sie ihrem Namen nach sein sollte, nämlich zu einer zentralen Instanz zur Unterrichtung und Beratung der Länder und der Kreditausschüsse der Länder, der aber das Einspruchsrecht vollkommen genommen werden muß. Wenn das Reichsfinanzministerium statt dessen die Herrschaft dieser Instanz ausbauen will, so dient es damit nur den Interessenwünschen, die aus Feindschaft gegen die öffentliche Wirtschaft die Gemeinden weiter in der Geldbeschaffung droffeln wollen.

In dem Augenblick, in dem alle politischen Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Belebung der Wirtschaft zu fördern, wirkt es geradezu herausfordernd, wenn man die Instrumente zur Hemmung der Kapitaleinfuhr und damit zur Hemmung der Besserung am Arbeitsmarkt noch verschärfen will. Diesen Plänen muß von der Sozialdemokratie der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Wir fordern Erleichterung für die Auslandsanleihen der Kommunen, weil wir vermehrte Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollen, und nicht die Vergrößerung eines behördlichen Apparates, der uns nur Schaden gebracht hat.

ein günstiges Moment, da der Ausfuhrüberschuß von 266 Millionen einen Export an Fertigwaren in Höhe von 78,9 Millionen Reichsmark aufwies.

Altes Bankhaus meldet schwere Verluste

Kreditoren bei Speyer-Ellissen um über 40 Proz. verringert.

Eines der ältesten und besonders durch seine Auslandsbeziehungen bekanntesten deutschen Privatbankhäuser, die Lazars-Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien in Frankfurt und Berlin, meldet in seiner mit großer Verspätung veröffentlichten Bilanz und Gewinnrechnung sehr bedeutende Verluste für das Jahr 1929. Es dürfte die erste Verlustbilanz sein, die dieses alte Bankhaus aufzuweisen hat.

Gegenüber dem Vorjahr wird ein Bruttoertrag von nur 2,08 gegen 7,97 Mill. M. ausgewiesen, und nur durch den Rückgang der Handlungsunkosten von 5,20 auf 2,98 Mill. (wieviel hätte Reklamen müssen im Vorjahr unter den Handlungsunkosten gebildet worden sein!) ist es erklärlich, daß nur ein Verlust von 966 000 M. ausgewiesen wird gegenüber einem Reingewinn von 2,77 Mill. im Jahre 1928. Die Bilanz und Gewinnrechnung kamen zustande, nachdem die englische Revisionfirma Price-Waterhouse die Geschäftsaufstellungen auf das gründlichste geprüft und starke Abweichungen vorgenommen hatte. So wurden das Galeries-Lazarett-Geschäft und die Risiken aus der Beteiligung des Favogtrachs und der Frankfurter Dreifuss-Insolvenz voll abgedacht; ebenso wurden sehr beträchtliche Abschreibungen aus Kursoerlusten in amerikanischen Kunstseideaktien und aus der Beteiligung am Börsenstützungsfonds vorgenommen. Auf diese Weise wurden die Bilanzfiguren sehr stark zusammengedrückt. Die Summe der fremden Gelder (Kreditoren), die Ende 1928 noch 72,72 Mill. betrug, erscheint in der neuen Bilanz für Ende 1929 nunmehr mit 43,50 Mill.

Abgesehen von der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt, wo nach der Fusion mit der Vereinsbank ebenfalls gewaltige Zusammenziehungen in der Bilanz vorgenommen wurden, ist Speyer-Ellissen das erste große Bankhaus, das ganz offen die schweren Verluste bereinigt, die das Bankjahr 1929 wohl allen großen Kredit- und Effektenbanken in Deutschland gebracht hat.

„Nora“-Rundfunk-Gewinne 56 Proz.!

Der erste Abschluß der Berliner Aron-Werke.

Die Aronwerke Elektrizitäts A. G., Berlin-Charlottenburg, sind durch eine Fusion (mit 8 Mill. M. Kapital) aus Unternehmungen der Elektroabteilung und der Radio-Industrie gegründet worden, die dem jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden Manfred Aron nahestanden. Die Gesellschaft konnte in ihrem ersten Geschäftsjahr 1929 den Umsatz, den die in ihr vereinigten Gesellschaften 1928 zusammen erzielt hatten, um 30 Proz. steigern. Besonders der Absatz der Radio-Abteilung, in der die „Nora“-Rundfunkgeräte hergestellt werden, machte erhebliche Fortschritte. Den gesteigerten Anforderungen der Fabrikation und des Betriebes, an den die Verwaltung sehr erhebliche Unkosten (2,38 Mill.) wandte, wurde durch die Errichtung eines neuen Fabrikbetriebes in Charlottenburg und durch Erweiterung des Fabrikgebäudes in Schweidnitz Rechnung getragen.

Die Aronwerke verteilten für das erste Geschäftsjahr 10 Proz. Dividende, nach Rückstellungen, die weit über den Rahmen des Ueberschusses hinausgehen. Vom Fabrikationsgewinn werden 960 000 M. gleich 12 Proz. des Aktienkapitals zu Abschreibungen verwendet, 300 000 M. zur Erhöhung des gesetzlichen Reservefonds, weitere 300 000 M. zur Schaffung eines zweiten Reservefonds und 95 000 M. zur Erhöhung der Steuerreserve auf 0,86 Mill. Da von dem Gesamtkapital bis jetzt nur 2,59 Mill. M. Aktien ausgegeben sind, hat die Gesellschaft im ersten Geschäftsjahr auf einen 56 Proz. (= 2,92 Mill. M.) der eingeleiteten Mittel verdient!

Verbilligung des Realcredits.

Hannoversche Bodenkreditbank gibt zum 7 prozentigen Pfandbrief über.

Wie wir hören, hat auch die Hannoversche Bodenkreditbank Hildesheim-Berlin, die der Part der Arbeiter, Angestellten und Beamten nahesteht, sich zur Herausgabe von 7prozentigen Goldpfandbriefen entschlossen. Damit ist das dritte größere Bodenkreditinstitut zum 7prozentigen Pfandbrief mit der Absicht übergegangen, den Realcredit für den Baumarkt zu verbilligen. Einen Fortschritt stellt auch der Emissionskurs der Hannoverschen Boden dar. Die neuen Pfandbriefe sollen zum Kurs von 96 1/2 Proz. in den Verkauf gebracht werden.

Lebenshaltungsindex im Juni gestiegen.

Die Lebenshaltungsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni auf 147,6 gegenüber 146,1 im Vormonat. An dieser Steigerung sind im wesentlichen die Bedarfsgruppen „Ernährung“ und „Wohnung“ beteiligt. Innerhalb der Ernährungsgruppen konnte im Monatsdurchschnitt die Erhöhung der Preise für Gemüse, Eier, Kartoffeln sowie Brot und Mehl durch den Rückgang der Preise für Milch und Butter, die in der zweiten Monatshälfte wieder angezogen haben, sowie Fleisch und Fleischwaren nicht ausgeglichen werden. Bei den Wohnungsausgaben wirkte sich die Heraushebung der staatlichen Grundvermögenssteuer in den preußischen Gemeinden aus.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 142,7, für Wohnung 129,8, für Heizung und Beleuchtung 149,4, für Bekleidung 166,8, für den „Sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 193,6.

Die Bayerischen Spiegelglasfabriken Beckmann-Kupfer A. G. verteilen für 1929 fünf Proz. Dividende, gegen sieben Proz. im Vorjahr; der Reingewinn ist von 0,24 auf 0,19 Mill. M. gesunken. Die Gesellschaft, die als Außenwetter mit dem Spiegelglasmarkt konkurriert, gibt einen unzulänglichen Geschäftsbericht heraus, der keine Erklärung für den Gewinnrückgang bietet. Die Verwaltung berichtet im wesentlichen nur, daß für die Spiegelglasproduktion eine Umstellung in die Werke geleistet sei, die im laufenden Geschäftsjahr eine Senkung der Herstellungskosten sichere.

Eine große Metallfusion.

Berg-Hedmann-Selwe und Walzwerke der Metallgesellschaft werden fusioniert.

In der Metallbaugzeugproduktion für Kupfer, Nickel, Aluminium und andere Nichtsteelegierungen (N.E.-Metalle) wird eine bedeutsame Konzentration durch Fusion erfolgen. Die Aufsichtsräte der Berg-Hedmann-Selwe A. G. Altona und der Frankfurter Metallgesellschaft treten am 3. Juli zusammen, um die Fusion der acht Betriebe des Berg-Hedmann-Selwe-Konzerns und der Metallbau-Walzwerke in Heddenheim, Köln-Ehrenfeld, Rürnberg-Schweinau sowie eines Drahtwerkes und zweier Rabelwerke in Mainz-Gustavsburg und Mannheim, die ebenfalls der Metallgesellschaft gehören, zu beschließen. Der Berg-Hedmann-Selwe-Konzern beschäftigt annähernd 4000 Arbeiter, hatte 1928/29 einen Umsatz von 85 Mill. M., erhöhte 1928 sein Kapital von 16 auf 20 Mill. M., blieb aber im letzten Geschäftsjahr ohne Dividende. Das Konzentrationsbedürfnis dürfte in erster Linie von diesem Konzern ausgehen. Die Werke der Metallgesellschaft haben rentabler gearbeitet, wenn auch Einzelheiten über die Gewinnrechnung unbekannt geblieben sind, da sie im Metallkonzern als G. m. b. H. geführt werden. In erster Linie wird durch die Zusammenfassung der Produktion deren Verbilligung erstrebt. Ob und welche Werke stillgelegt werden, ist noch nicht bekannt.

Die Fusion ist auch deshalb schwierig, weil Reichsinteressen dabei betroffen werden. Die Vereinigte Industrieunternehmungen A. G. (Viag), die dem Reich hundertprozentig gehört, hatte für ihre Aluminium-Unternehmungen bisher 2030 000 M. mit dem Berg-Hedmann-Selwe-Konzern, die auch in einer Beteiligung von etwa 33 Proz. kapitalmäßig zum Ausdruck kamen. Die Metallgesellschaft dürfte bisher nur etwa 2 bis 3 Mill. M., d. h. höchstens ein Sechstel der Berg-Hedmann-Selwe A. G. besessen haben. Da sie jetzt ihre, wenigstens vom Standpunkt der Rentabilität überlegenen Walzwerke in den neuen Konzern einbringt, wird die Majorität der neu zu bildenden Gesellschaft bei der Frankfurter Metallgesellschaft liegen. Sowohl die Verträge der Viag als auch ihre bisherige Beteiligung bleiben aufrechterhalten. Wir hören, daß die Viag bei der wahrscheinlichen Erhöhung des Kapitals der neuen Gesellschaft über 20 Mill. hinaus auch in einem entsprechenden Umfang neue Aktien beziehen wird. Zunächst dürfte bei Berg-Hedmann-Selwe eine Kapitalzusammenlegung erfolgen, worauf für die neue Gesellschaft das Kapital wieder erhöht wird. Ausmaß der Zusammenlegung und Kapitalerhöhung sind noch nicht bekannt.

Zwischen Viag und Metallgesellschaft werden durch diese Fusion die Fäden noch enger geknüpft, nachdem bisher schon durch eine gemeinsame Gründung (Vereinigte Leichtmetallwerke G. m. b. H. in Bonn) freundschaftliche Beziehungen bestanden.

Die Selbstkosten im Maschinenbau.

Zwanzig Prozent entfallen auf kartelliertes Rohmaterial.

Aus einer Tagung des Vereins der Märkischen Kleinteileindustrie machte Direktor Lange vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) in einem Vortrag über „Selbstkosten und Eisenwirtschaft“ Mitteilungen über die Kostenbestandteile im Maschinenbau, die angesichts der gegenwärtigen Diskussionen über die Eisenpreissteigerungen von besonderem Interesse sind. Gegenwärtig entfallen danach im Maschinenbau von den gesamten Selbstkosten etwa 50 Proz. auf Tariflöhne und Gehälter, auf Steuern und Gehälter außer Tarif 7 bis 8 Proz., auf nichtkartellierte Materialien ebenfalls 7 bis 8 Proz. und nicht weniger als 20 Proz. sämtlicher Kosten kommen auf kartelliertes Rohmaterial, unter denen naturgemäß das Eisen eine besondere Rolle spielt. Die Tariflöhne und Gehälter seien seit dem Herbst 1927 um etwa 13 Proz. gestiegen. (Ueber die Leistungssteigerung der Belegschaften wurde nichts gesagt.) Die Preise der kartellierten Rohmaterialien seien seit 1927 um 6 Proz. in die Höhe gegangen, während die Preise der nichtkartellierten um 24 Proz. zurückgegangen sind.

Direktor Lange legt mit diesen Ziffern an sich nichts Neues. In äußerst einprägnanter Weise zeigen aber die Ziffern über die Kostenentwicklung im Maschinenbau, wie sehr jede wirtschaftliche Hemmung in der Entwicklung des Maschinenbaues und die Ueberwindung der Krise für die Maschinenbauanstalten von der Gestaltung der Kartellpreise abhängig sind. Wenn die von Direktor Lange angegebene Lohnsteigerung richtig ist, so wird er sicher nicht bestreiten, daß diese Lohnsteigerung deshalb keine Belastung im eigentlichen Sinne darstellt, weil auch die Leistungen in einem entsprechenden Verhältnis stiegen. Eine hundertprozentige Belastung stellt dagegen die Erhöhung der Kartellpreise dar. Ob das Reichswirtschaftsministerium, ob das Reichsarbeitsministerium daraus eine Lehre ziehen werden?

Die Wirtschaft im Juni.

Die preußischen Industrie- und Handelskammern stellen fest:

Die Wirtschaftslage zeigte bisher noch keine wesentliche Besserung. In Bergbau und Eisenindustrie blieb die Lage gedrückt. Nur im Braunkohlen- und Kalibergbau war eine Belebung festzustellen. Auch in der Maschinenindustrie hielt der unbefriedigende Abgang an. Die chemische Industrie konnte ihren verhältnismäßig günstigen Stand nicht überall behaupten. Elektrotechnische und Werkstoffindustrie klagen ebenso wie Automobil- und Filmindustrie und fast alle Konsumgüterindustrien über Absatzmangel. Im Handel trat nur teilweise eine geringe Belebung ein. Das gleiche gilt vom Handwerk. Das Kursniveau ging weiter zurück. Nur im Außenhandel für Mai zeigte sich

